

# POLIZEI REPORT

G 6811  
ISSN 0937-5333

Nr. 106 · März 2011



**BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI,  
POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER  
PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen  
 der Bezirksgruppe Südhessen  
 der Gewerkschaft der Polizei  
 und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.  
 und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

[www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen)



für Südhessen mit den  
 Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße  
 Odenwald und PAST Darmstadt/Lorsch

**Herausgeber:**  
 PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
 Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
 Tel.: (06 11) 9 92 27-0.  
 Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg  
 Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

**Verleger:**  
 POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeits-  
 arbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
 Geschäftsführer: H. R. Jud

**Büro Frankfurt:**  
 Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
 Telefon (0 69) 7 89 16 52

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:**  
 A. Jochum, St. Buschhaus

**Redaktion:**  
 GdP BZG Südhessen  
 Norbert Weinbach,  
 Uschi Hess

**Die Bezirksgruppe im Internet:**  
[www.gdp-bzg-suedhessen.de](http://www.gdp-bzg-suedhessen.de)

**Druck und Verarbeitung:** NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
 NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.  
 Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag  
 enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
 wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-  
 lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch  
 auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion  
 gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;  
 die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht  
 unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel  
 werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr  
 veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das  
 Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benut-  
 zung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt  
 und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen  
 Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz  
 vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts  
 (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch  
 ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigen-  
 werbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
 (ISSN 0937-5333)

## Aus dem Inhalt

Vorwort		Sieben Fragen zum Lebensarbeitszeitkonto (LAK)		Freude bei der Polizei in Gernsheim	
	<b>Seite 5</b>		<b>Seite 17</b>		<b>Seite 25</b>
Nachruf Dieter Schröder		Stabwechsel bei den Kassierern		Fast alle Fehlstellen des PP Südhessen besetzt	
	<b>Seite 6</b>		<b>Seite 18</b>		<b>Seite 27</b>
Stabwechsel bei der Pst Lampertheim-Viernheim		Daniel Klimpke führt die Junge Gruppe GdP		Sicherheit ist Mehrwert	
	<b>Seite 7</b>		<b>Seite 18</b>		<b>Seite 28</b>
Polizist und Mann des Ehrenamtes		Plätzchen für "Tour der Hoffnung"		An Weisungen nicht gebunden	
	<b>Seite 10</b>		<b>Seite 19</b>		<b>Seite 32</b>
Bundestverdienstkreuz für Christine Klein		Kegeln - ein Sport für Polizei-Senioren		Arbeitnehmer/innen müssen am Aufschwung teilhaben	
	<b>Seite 11</b>		<b>Seite 19</b>		<b>Seite 33</b>
Pensionärstreffen 2010 des PP Südhessen		35 Jahre ohne Uniform aktiv		Arbeitgeber sehen keinen Spielraum für Lohnerhöhungen	
	<b>Seite 13</b>		<b>Seite 21</b>		<b>Seite 33</b>
Polizei und Strafverfolgungs- behörden		Personalmangel sorgt für starke Belastung		Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit	
	<b>Seite 14</b>		<b>Seite 22</b>		<b>Seite 34</b>
Die Vernehmung im Strafprozess					
	<b>Seite 15</b>				

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Antonio Pedron

die Weihnachtsgabe kam sehr gut an. An dieser Stelle ein Dankeschön für die vielen positiven E-Mails und Danksagungen.

Wir haben uns über eure Reaktion gefreut.

Das Jahr 2011 ist über drei Monate alt oder nach meiner Zeitrechnung befinden wir uns genau sieben Monate nach Koch, Nedela und Konsorten. Mit Freude kann ich mitteilen, dass wir innerhalb der Führungsriege der hessischen Polizei mit Staatsminister Boris Rhein und dem Landespolizeipräsidenten Udo Münch starke und insoweit faire Persönlichkeiten haben, wie wir sie lange nicht mehr hatten. Eine neue Führungskultur ist tatsächlich spürbar.

Eine Gewerkschaft ist (Mit-) Gestaltungspartner, der Hauptpersonalrat ist Sprachrohr und Anwalt der Polizeibesetzten. Wir hatten schon andere Zeiten in denen uns mit weniger Respekt begegnet wurde. Über diesen Gesamtumstand freue ich mich und blicke positiv in die Zukunft.

Kopfschmerzen bereitet mir die hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV). So heißt unsere Verwaltungsfachhochschule seit Beginn des Jahres. Jeweils im Februar und im September eines Jahres finden dort die Neueinstellungen statt. In diesem Jahr werden 550 Anwärter und Anwärterinnen eingestellt. An diesen ersten Tagen werben die Gewerkschaften für ihre eigene Organisation.

Art. 9 GG, „Koalitionsfreiheit“, ist die Schutznorm für Gewerkschaften und beschreibt alles was, Gewerkschaften dürfen. Und das ist viel. Wir dürfen wann und wo auch immer und ohne Anmeldung auf das Gelände einer Polizeibehörde um für unsere Sache zu werben. Vor-

aussetzung ist, dass der Dienstablauf nicht gestört wird. Der eine oder andere Rektor versucht hier, die Gewerkschaften (ich gebe zu, für mich subjektiv), besonders die GdP, zu reglementieren und durch die Art und Weise des Umgangs mit Gewerkschaften und Personalrat, diesen nicht den nötigen Stellenwert zu geben.

### Es ist an der Zeit, an die Standortverantwortlichen zu appellieren:

„Behalten Sie Form und Stil, wie es sich für eine Hochschule für Polizei und Verwaltung gehört. Behalten Sie Bodenhaftung und zeigen Sie Größe. Die hessische Polizei stand in den vergangenen Monaten oft in der Kritik der Öffentlichkeit. Wir können uns das auf Dauer nicht leisten. Eine Demonstration vor einer solchen Liegenschaft wäre der Supergau. Der Personalrat kann sich durchaus selbst vorstellen, wir benötigen keine Funktionsträger aus der hessischen Führungsriege, die unsere Tätigkeitsfelder vorstellen.“

Liebe Kollegen und Kolleginnen, erlaubt es mir auf diesem Wege „unsere Kollegen“ der HfPV und aus dem Hause LPP zur Besinnung zu rufen. Leider berichte ich hier von traurigen Zuständen.

Für Südhessen konnten wir feststellen, dass trotz der Abordnung von PP Dölger zum HLKA die Dienstgeschäfte nach wie vor normal verlaufen. Als Personalrat hatten wir seit Dezember 2010 über die südhessischen Vorgänge innerhalb der Behörde absolut wenig zu kritisieren.

Aufgrund der hohen Stellenzuweisungen und internen Verschiebungen von Personal konnte erst in der letzten Januarwoche die genaue Verteilung der neuen Kolleginnen und Kollegen erfolgen. Wir sind sicher, dass durch Peter Herzig (Abt. E) und Hans Dieter Tatulinski (Abt. V) alles möglich gemacht wurde. In einigen Fällen mussten wir als Personalrat intervenieren und entsprechende Vorschläge machen. „Gemeinsam“ lautet unser Motto.

Während die anderen den alten grünen Dienstaussweis fordern, ist die GdP über den Hauptpersonalratsvorsitzenden Jens Mohrherr (GdP) im Gespräch mit dem Staatssekretär, um den neuen Dienstaussweis zu verbessern. Der Hauptpersonalrat wollte diesen Dienstaussweis in dieser Form auch nicht. Leider kam es am Ende anders....

Als einen großen Erfolg bezeichnen wir das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg, das die bisherige Unterscheidung zwischen Einsatz- und Bereitschaftszeiten bei der Polizei als rechtswidrig entschieden hat. Die GdP hatte in diesem Musterprozess einen Polizeibeamten unterstützt. Der Beamte hat in der Berufung vor dem zuständigen Oberverwaltungsgericht Lüneburg Ende Januar 2011 Recht bekommen.

Seit Ende November 2010 haben wir in Südhessen das 1000. Mitglied geworben. Das ist ein Ergebnis worauf wir stolz sind. Ich bedanke mich bei meinem Vorstand und bei allen, die uns empfehlen. Diese Stärke ist wichtig, um Durchsetzungskraft zu haben und Sprachrohr zu sein.

Lasst uns gemeinsam konstruktiv die Zukunft gestalten, mit dem Ziel, sich nicht alles gefallen zu lassen.

Es grüßt euch herzlich

Euer

Antonio Pedron



# Gewerkschafter aus tiefster Überzeugung

## Dieter Schröder starb nach langer Krankheit mit 64 Jahren

„Traurigkeit ist nicht ungesund, sie hindert uns daran, abzustumpfen“. Diesen Satz von George Sand sagte Südhessens Polizeivizepräsident Uwe Brunnengraber bei der Trauerfeier für den verstorbenen früheren Personalrats- und GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Dieter Schröder auf dem Waldfriedhof in Birkenau. Trauer sei für ihn der Ausdruck empfundener Zuneigung, Liebe, Freundschaft und Wertschätzung für den Verstorbenen, zu Lebzeiten und über den Tod hinaus.

Dieter Schröder war nach langer mit viel Geduld ertragener Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben. Er hatte zwei Ausbildungen im Handwerk hinter sich, als er 1972 beim Polizeipräsidium Darmstadt in den Dienst der hessischen Polizei trat. Zu dieser Zeit war die Polizei auch noch kommunal organisiert und Dieter Schröder erhielt seine Ernennungsurkunde vom Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt. Er war ein so genannter „lebensälterer und berufserfahrener Bewerber“. Er absolvierte die Ausbildung zum Schutzmann erfolgreich und versah seinen Dienst bei verschiedenen Revieren der Stadt Darmstadt.

### Ein engagierter Polizeibeamter

Als gebürtiger Birkenauer hatte er aber den Wunsch, in den Kreis Bergstraße versetzt zu werden. Er kam zur PSt Viernheim, 1977 zur PSt Lampertheim und 1983 zum Polizeikommissariat Heppenheim. Uwe Brunnengraber erinnerte daran, dass Dieter Schröder ein Faible entwickelte habe für die noch junge EDV, ein Feld, auf dem er sich dienstlich und außerdienstlich wohl gefühlt habe. Sein Hobby als CB-Funker habe ihm den Spitznamen „Funkki“ eingebracht.

1992 wurde Dieter Schröder in den Personalrat gewählt, fungierte drei Jahre als stellvertretender Vorsitzender und ab 1995 bis zur seiner vorzeitigen Pensionierung Ende 2000 als Vorsitzender. Seine Vorge-



**Dieter Schröder, Gewerkschafts- und Personalratsvorsitzender im Kreis Bergstraße, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. nw**

setzten hatten ihm schon zur damaligen Zeit bescheinigt, „dass er ein aufgeweckter Beamter ist, der zuverlässig und zielstrebig arbeitet, sich gerne ein eigenes Urteil bildet und durchaus zur Diskussion bereit ist“. Diese Attribute, so mutmaßte Brunnengraber, seien vielleicht ausschlaggebend dafür gewesen, dass er ein engagierter Gewerkschafter und streitbarer Personalratsvorsitzender geworden sei.

Es sei sein Bestreben gewesen, für seine Kolleg/innen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen und ihnen in schwierigen Situationen zur Seite zu stehen.

Seine Krankheit habe Dieter Schröder gezwungen, vorzeitig aus dem Amt zu scheiden. „Für sein Engagement und der in 28 Jahren Polizeidienst geleisteten Arbeit sage ich an dieser Stelle ausdrücklichen Dank“, unterstrich Brunnengraber seine Rede. Bestürzung und Fassungslosigkeit machten sich breit, wenn ein vertrauter Mensch nicht mehr unter uns weile.

Letztlich bleibe nur, mit Betroffenheit Abschied zu nehmen von einem Menschen, der vielen von uns zum Freund geworden sei, tröstete er die Angehörigen von Dieter Schröder.

### Gewerkschafter und Personalrat aus tiefster Überzeugung

Auch der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert hatte in seiner Rede die Betroffenheit der GdP-Mitglieder und aller Polizeibeschäftigten zum Ausdruck gebracht. Viele von ihnen, aber auch die Familie, bekannte und Freunde erwiesen Dieter Schröder die letzte Ehre. Er sei gerne Polizeibeamter gewesen und habe seinen Beruf voller Hingabe ausgeübt. Er sei ein Mensch gewesen, für den es wichtiger war, dass man fair und gerecht miteinander umgeht, stellte Michael Schweikert fest. Das habe ihn sicher auch bewogen, sich im Personalrat für die Beschäftigten einzusetzen. Er habe sich zu seiner Zeit engagiert für die Belange der Beschäftigten eingesetzt, habe versucht, gute Lösungen zu erreichen, was zwangsläufig auch zu Konflikten geführt habe. Er habe sich seine Aufgabe nicht leicht gemacht, mit Entscheidungsträgern gerungen, sei Konflikten nicht aus dem Weg gegangen.

Neben seiner Tätigkeit als Personalratsvorsitzender sei Dieter Schröder auch ein Gewerkschafter aus tiefster Überzeugung gewesen. Er habe innerhalb der GdP verschiedene Funktionen inne gehabt und sei bis zu seiner vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Bergstraße gewesen. Er habe sich auch als Gewerkschafter stets motiviert für Verbesserungen bei den Polizeibeschäftigten eingesetzt. Auch bei den Protestversammlungen der GdP sei er, selbst als Pensionär, regelmäßig präsent gewesen. „Dieter war ein Kämpfer“, bescheinigte ihm Michael Schweikert. „Für ihn waren das Ehrenamt und das damit verbundene Engagement für die Polizeibeschäftigten wichtig. Er setzte auf Integration, Transparenz und Gemeinsamkeit. Sein Ziel war es, stets einen tragfähigen Konsens im Sinne der Beschäftigten zu erreichen“. Schweikert erinnerte daran, viele Jahre im Ehrenamt zu stehen, heiße, einen

großen Teil seiner Freizeit zu opfern, sich zu integrieren, einzubringen, unterzuordnen und stets zu versuchen, Familie, Beruf und Ehrenamt im Einklang zu halten. Für all das dankten ihm die Kolleginnen und Kollegen. „Wir trauern um unseren Kollegen, der sich durch Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft ausgezeichnet und der sich immer uneigennützig für seine Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat. Sein Tod macht uns tief betroffen“.

### **Vielen Vereinen und Freunden geholfen**

Dass Dieter Schröder nicht nur in Polizeikreisen beliebt und engagiert war, machte auch Pfarrer Dieter Wendorff in seiner Trauerrede deutlich. Er habe sich für die protestantische Pfarrgemeinde eingesetzt. Das bescheinigten ihm auch die Vertreter des Jahrgangs 1945/46, des VfL Birkenau, der Gesangverein Birkenau und der Tischtennisverein Hornbach. Überall war Dieter Schröder aktiv, hatte mit seiner Freude am Fotografieren viele Momente des Vereinslebens festgehalten und hatte meist auch die Webseite der Vereine gepflegt. Das soziale Engagement, das Dieter Schröder auch in Birkenau gezeigt hatte, wo er unter anderem kommunalpolitisch aktiv war, verdeutlichte der Vorsitzende der SPD, der Dieter Schröders Wahlpruch als Maxime nannte: „Frage nicht, was deine Gemeinde tun kann. Tue etwas für deine Gemeinde. Tue es mit einem Lächeln“.



**Der engagierte GdP-Mann Dieter Schröder, links, mit Jörg Hartweck, war auch als Pensionär noch bei vielen Demonstrationen und kämpfte für die Belange der Polizeibeschäftigten. nw**

### **Einen Freund verloren**

Mir bleibt zum Abschluss nur die Feststellung, dass ich persönlich mit Dieter Schröder einen Freund und Kollegen verloren habe. Ich habe nicht nur als Personalrat und Gewerkschaftsvorsitzender gut mit ihm zusammengearbeitet, ich war mit ihm deutschlandweit auf zahlreichen Demonstrationen und ich habe ihm auch meine ersten Schritte im Umgang mit dem PC zu verdanken. Immer wenn ich nicht weiter wusste, habe ich ihn um Rat gefragt. Oft ist er von Birkenau nach

Lorsch gekommen und hat meine Fehler am PC wieder repariert, hat mich getröstet und gemeint, dass solche Fehler nicht nur bei mir vorkämen. Ich habe ihn als hilfsbereiten und gutmütigen Menschen kennen gelernt. Sein früher Tod hat sicher nicht nur mich betroffen gemacht. Auch wenn es etwas banal klingt, wir werden unserem Freund Dieter Schröder sicher ein ehrendes Andenken bewahren. Lebe wohl Dieter. Vielleicht findest Du bei Deinem Herrgott ein Himmelreich ohne Krankheit und mit viel Freude.

Norbert Weinbach

## **Thomas Bauer auf den Spuren von Jürgen Becker**

### **Stabwechsel bei der Polizeistation Lampertheim-Viernheim**

„Aber wehe, wehe, wehe – wenn ich das Ende sehe“. Mit Zitaten aus den Lausbubengeschichten von Max und Moritz verabschiedete Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber den Leiter der Polizeistation Lampertheim-Viernheim, Jürgen Becker, in den wohlverdienten Ruhestand. Im Namen des derzeit zum HLKA abgeordneten Polizeipräsidenten Gosbert Dölger übernahm Uwe Brunnengräber die formale Ruhstandsversetzung mit einem Rückblick auf die 40-jährige Dienstzeit von Jürgen Becker, aber auch

auf die 30 Jahre seit der sich beide schon kennen. Bei diesem feierlichen Akt waren viele Kolleg/innen, Weggefährten von Jürgen Becker, aber auch die Bürgermeister/innen im Dienstbereich der Station anwesend.

### **Lebenslauf**

Geboren im Landkreis Frankenberg/Eder, aufgewachsen in Wiesbaden, besuchte Jürgen Becker dort eine Realschule für Jungen - was beim Vizepräsidenten durchaus

Fragen aufwarf. Nach einer Ausbildung zum Verkäufer bei Karstadt und dem dann erst stattfindenden Wechsel im Jahre 1970 zur Polizei, stellte sich die Frage, ob Jürgen Becker damals schon geahnt habe, dass Karstadt 50 Jahre später Liquiditätsprobleme haben werde? Dem Abschluss als Lehrgangsbester seines PAL schloss sich eine Verwendung als Gruppenführer bei der I. HPB an. Nach erfolgtem Abschluss der II. Fachprüfung kam Jürgen Becker 1976 als frisch gebackener Polizeikommissar zur PSt Bensheim,

wo er dann auch heimisch wurde. Zu dieser Zeit war der jetzige Vizepräsident Brunnengräber DGL bei der PSt Lampertheim. Im Jahr 1990 wechselte Jürgen Becker zur damaligen Führungsgruppe der PD Heppenheim.

nals aus einem Schichtdienst mit vier Dienstgruppen und einem Schichtdienst mit fünf Dienstgruppen wurde von Jürgen Becker sehr flexibel im Sinne der Beschäftigten umgesetzt. Dafür gab es auch Lob vom Vizepräsidenten, damals Leiter

verwendbar. Achten Sie als neue Arbeitgeberin darauf, dass er nur die ihm übertragenen Aufgaben erledigt und nicht etwa aus eigenem Entschluss tätig wird und beginnt, Schränke und sonstiges aufzuräumen und dadurch ein Chaos im häuslichen Bereich zu schaffen.“

### **Der „Neue“ heißt Thomas Bauer**

Wenn einer geht, kommt gewöhnlich ein anderer. Mit EPHK Thomas Bauer kehrte ein alter Bekannter an die Bergstraße zurück. Neben seinem beruflichen Werdegang beschrieb ihn PVP Brunnengräber als einen sach- und fachkundigen Vorgesetzten, der sich in seinen bisherigen Verwendungen bestens bewährt hat. Das sei Grund genug, ihm die Leitung der größten Polizeistation im PP Südhessen zu übertragen.



**Abschied und Neubeginn bei der PSt Lampertheim-Viernheim: PVP Uwe Brunnengräber, EPHK Jürgen Becker, EPHK Thomas Bauer, KD'in Cornelia Ludwig. ms**

Mittlerweile war der jetzige Vizepräsident dort PD-Leiter. Ab Februar 2002 wurde Jürgen Becker die Leitung der PSt Pfungstadt übertragen. Im gleichen Jahr erfolgte auch die Beförderung in das Spitzenamt des gehobenen Dienstes zum Ersten Polizeihauptkommissar.

### **Aufgabe mit Bravour gelöst**

Nach der Zusammenlegung des Wechselschichtdienstes der Stationen Lampertheim und Viernheim wurde Jürgen Becker deren Leitung übertragen. Für die Insider bei der Polizei ist es mehr als nachvollziehbar, dass diese Funktion durchaus viele Problemstellungen mit sich brachte. Einerseits war es die GdP, die die Zusammenlegung des Wechselschichtdienstes dieser beiden Stationen insbesondere vor dem Hintergrund des stetigen Personalabbaus kritisierte, andererseits waren auch die Viernheimer Bürger von dieser Zusammenlegung wenig begeistert. So wurden „Einzelfälle“ des polizeilichen Alltags regelmäßig auch in der Presse öffentlichkeitswirksam nachbereitet, die auch bei anderen Dienststellen eher normal sind. Dort ist es auch normal, dass es bei den Anforderungen von Polizei, je nach Auftragslage etwas dauern kann, bis diese am Einsatzort eintrifft. Auch die Zusammenführung des Perso-

der PD Heppenheim. „Diese Aufgabe hast du mit Bravour gelöst“.

### **Konstruktiv kritisch**

Bei Zitaten aus Beurteilungen von Jürgen Becker wurde er von Vorgesetzten beschrieben „als scharfer Beobachter der sehr schnell zum Kern einer Sache vordringt“. Neben Pflichtbewusstsein war aber auch vermerkt, das er „konstruktiv kritisch“ ist. Er hatte durchaus seine liebenswerten Ecken und Kanten, die ihm auch die Anerkennung seiner Mitarbeiter einbrachten und ihn insgesamt als vorbildlichen Repräsentanten seines Berufsstandes auszeichneten. Pointenreich hat PVP Brunnengräber auch einige Erlebnisse mit Jürgen Becker vorgetragen. Er erinnerte sich u.a. noch an einen Einsatz im Viernheimer Panzerwald wo es Jürgen Becker eine diebische Freude machte, bei jedem der unzähligen Schlaglöcher seinen Direktionsleiter mit den Worten „hopp, hopp, Herr Direktor“ auf kleine Unebenheiten entlang der Fahrtstrecke aufmerksam zu machen. Nach mehr als 40 Dienstjahren wurde Jürgen Becker nun in die Hände eines neuen Dienstherrn übergeben. „An die Stelle von Gosbert tritt nun Susi“. Der Ratschlag an Frau Becker – vom alten zum neuen Dienstherrn: „Durch die umfangreiche Ausbildung ist Jürgen vielseitig

Beim Werdegang von Jürgen Becker und Thomas Bauer waren auffällig viele Parallelen festzustellen - bereits seit mehr als 20 Jahren bilden beide quasi eine dienstliche Symbiose. Der frisch gebackene Polizeikommissar Thomas Bauer übernahm demnach im Februar 1990 bei der PSt Bensheim die Dienstgruppe von Jürgen Becker. Letztlich waren beide dann auch Leiter der PSt Pfungstadt, ehe sie mit der Leitung der PSt Lampertheim-Viernheim beauftragt wurden.

Personalratsvorsitzender Michael Schweikert konnte darüber hinaus noch mehrere andere Parallelen feststellen. Beide waren Dienstgruppenleiter des damals im WSD bei der PSt Bensheim eingesetzten Streifenbeamten Michael Schweikert. Vizepräsident und Personalratsvorsitzender wünschten dem angehenden Pensionär alles erdenklich Gute, dem neuen Stationsleiter für die Bewältigung der Herausforderungen viel Erfolg und das notwendige Quäntchen Glück.

Dass der neue Stationsleiter auch den richtigen Ton findet, wurde vom PVP nicht bezweifelt, zumal er auch privat in der Lindenfelder Trachtenkapelle am Tenorhorn aktiv ist.

ms

# Polizist und Mann des Ehrenamtes

## Thomas Bauer, ein Mann mit zahlreichen Hobbys

Thomas Bauer, geboren in Jugenheim, aufgewachsen und wohnhaft in Lindenfels, Abitur in Bensheim, ist 53 Jahre alt, verheiratet mit einer Kriminalbeamtin, hat drei Töchter und ist seit Oktober 1977 Polizeibeamter. 1980 kam er als Streifenbeamter nach Bensheim, besuchte die Verwaltungsfachhochschule, wurde Kommissar, fungierte als DGL, als Leiter der Dezentralen Ermittlungsgruppe und als stellvertretender Stationsleiter in Bensheim. Um beruflich voran zu kommen, wechselte er 2006 als Leiter des 3. Reviers nach Darmstadt-Arheilgen, kam dann als Chef zur PSt Pfungstadt und im November 2010 als Leiter der Polizeistation Lampertheim-Viernheim in die Spargelstadt Lampertheim.

Heute ist er Erster Polizeihauptkommissar und seiner geliebten Bergstraße und seinem Heimatort Lindenfels nahe. Die Heimatverbundenheit und das soziale Engagement zeichnen ihn aus. Er ist nicht nur Hobbywinzer, er spielt in der Trachtenkapelle von Lindenfels auch das Tenorhorn. Als Musiker haben ihn daher schon viele Menschen gesehen, wenn die Kapelle zu besonderen Anlässen im Kreisgebiet spielte.

### Ehrenamtliches Engagement

Wer in den vergangenen Jahren den „Bergsträßer Anzeiger“ gelesen hat, konnte feststellen, dass Thomas Bauer sich in einigen Organisationen engagiert hat. Dazu gehört zum Beispiel die Gründung des Vereins „Bürger und Polizei“. Hier engagieren sich Polizisten und Zivilisten, wollen Verständnis wecken für die polizeiliche Arbeit, wollen die Bürger ermutigen „hinzusehen“, vor allem bei Gewalttaten die Polizei zu informieren und so die Sicherheitsarchitektur zu verbessern. In dieses Feld gehört auch sein Engagement zur Gründung der Initiative „Wachsamere Nachbar“. Die sollen in ihren Wohngebieten aufeinander und auf ihre Häuser und Wohnungen aufpassen und im Falle eines Verdachtes die Polizei verständigen.



**Typisch für Thomas Bauer, er spielt mit Hingabe auf dem Tenorhorn, ist eine musikalische Stütze der Lindenfelser Trachtengruppe. nw**

Thomas Bauer unterstützte auch das Engagement von Schullehrernbeiräten, die „Initiative Konfliktziehung und Gewaltprävention“. Es geht unter anderem darum, Kindern und Jugendlichen (und ihren Eltern), die mit Gewalt in Berührung kommen oder auch schon gekommen sind, einen Leitfaden für ihr Verhalten an die Hand zu geben, einen „Konfliktwegweiser“. Respekt, Respekt vor dem, was in mir steckt“, war das Motto, das sie mit dem Theaterstück im Jahr 2003 an Schulen den Kindern nahe brachten.

Die Warnung vor Gewalt, Gewaltprävention, gehörte zu den besonderen Anliegen von Thomas Bauer. Dazu gehörte auch die „AG Wohnen“ in Bensheim, die zentral Wohnungseinbrüche bearbeitete. Mit Polizeihauptkommissar Dietmar Rodenheber klärte er bei der Aktion

„Sicheres Wohnen“ in Vorträgen und mit Flugblättern die Bevölkerung auf, machte klar, dass es vor allem im Herbst und Winter vermehrt zu Wohnungseinbrüchen kommt und dass man vorsichtig sein soll.

Über die Tricks von Betrügnern, die heute noch so arbeiten, klärte er im Bensheimer Seniorentreff schon im Jahr 2006 die älteren Menschen auf. Bei ihnen werde oft auf die Tränendrüse gedrückt, zum Beispiel mit dem Enkeltrick. Die Polizei zu informieren sei immer besser, als sich auf dubiose Geschäftemacher einzulassen. Alle wollen nur an das Geld der älteren Menschen.

„Gier trifft Hirn“, war eines der Schlagworte, das Thomas Bauer bei den Bensheimer SPD-Senioren anbrachte. Da ging es um „Nepper, Schlepper, Bauernfänger“. Angebliche Schnäppchen seien meist keine. Bei Haustürgeschäften sei besondere Vorsicht geboten, warnte er die älteren Leute.

Da bliebe nur noch zu erwähnen, dass der Polizeibeamte auch aktiver Gewerkschafter ist in der GdP und dass er sich einer Partei angeschlossen hat, die das Wort „Sozial“ in ihrem Namen führt. Von daher wundert es nicht, dass sich Thomas Bauer nicht nur als Polizist, sondern auch als Mensch für seine Mitmenschen engagiert hat und es immer noch macht. nw

**Amtswechsel.** Nachfolger von Thomas Bauer in Pfungstadt ist Oliver Heß. PD Helmut Biegi, rechts, Leiter der PD Darmstadt-Dieburg, gratulierte dem neuen Stationsleiter zum Amtsantritt. Der PR-Vorsitzende Michael Schweikert wünschte sich für die Pst Pfungstadt eine Kontinuität bei der Dienststellenleitung. Bei dem neuen Stationsleiter, der mit seiner Familie in Eschollbrücken wohnt und der mit der Region fest verwurzelt ist, sollte dies nun der Fall sein. ms



# Bundesverdienstkreuz für Christine Klein

## Bensheimer Polizistin mit vielen ehrenamtlichen Aufgaben

Es gibt sicher viele Menschen in Südhessen, die sich mehr oder weniger offen oder verborgen ehrenamtlich für ihren Nächsten engagieren. Es gibt aber sicher nur eine Polizistin, die das in gleich mehrfacher Hinsicht seit vielen Jahren macht. Sie alle hätten wohl eine Auszeichnung verdient. Geschafft hat dies aber im vergangenen Jahr unser Mitglied Christine Klein aus Bensheim. Vorgeschlagen hat sie der Bergsträßer Landrat Mathias Wilkes, der ihr auch die Auszeichnung überreichte. Sie wurde 1955 in Jugenheim geboren, ging nach dem Abitur in Bensheim zur Polizei, ist seit 32 Jahren mit Lothar Klein verheiratet. Beide haben zwei Töchter und einen Sohn.

Nina Klein, wie sie genannt wird, arbeitet heute beim PP Südhessen als Geschäftsführerin des „Netzwerks gegen Gewalt“. Vorher arbeitete sie unter anderem als Frauenbeauftragte beim Regierungspräsident in Darmstadt und im hessischen Sozialministerium, wo sie zuständig war für die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes in der Landesverwaltung. Mit 44 Jahren besuchte sie noch die Verwaltungsfachhochschule, die sie als Oberkommissarin abschloss.

Christine Klein betrachtet sich als „Powerfrau“, die auf zahlreichen Gebieten aktiv sei. Das habe sie wohl von ihrer Mutter, die noch mit 88 Jahren bei der „Tafel“ in Jugenheim bediene.

Warum Nina Klein mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, ergab sich aus den Festreden. So gehörte sie zu den Mitbegründerinnen der „Spielerei“ in Bensheim. Sie koordinierte den Mutter-Kind-Treff, ist Vorsitzende des Trägervereins Frauenhaus Bergstraße und Mitglied im Verein „Erdbebenopfer Türkei“. Da dieses Engagement demnächst ausläuft, hat sie mittlerweile einen Verein „Integration durch Bildung Bergstraße e.V.“ gegründet. Er soll Kindern mit Migrationshintergrund bei Sprachdefiziten und Mathematik helfen.



**Für ihr vielfältiges soziales und politisches Engagement zum Wohle der Menschen wurde Nina Klein, Kriminalhauptkommissarin und Mitglied der GdP, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. nw**

Sie war auch sieben Jahre lang deutsche Vorsitzende des „Europäischen Netzwerks für Frauen im Polizeidienst“ und als solche Mitglied im europäischen Vorstand dieser Organisation.

Seit 2002 ist Nina Klein Mitglied der SPD, war Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung, ist im Jahr 2008 bei der Bürgermeisterwahl in Bensheim als zweite Siegerin hervorgegangen und kandidiert jetzt wieder auf der SPD-Liste bei der Kommunalwahl am 27. März. Hier hat sie sich jetzt wieder besonders engagiert in dem Zusammenschluss „FRAUEN macht BENSHEIM“. Da haben sich Kommunalpolitikerinnen (außer CDU) in ihrer Heimatstadt zusammengefunden, um zu zeigen, dass Frauen stark sind. Für ihr kommunalpolitisches Engagement wurde die Poli-

zistin 2009 vom Bundesfamilienministerium mit dem „Helene-Weber-Preis“ ausgezeichnet. Mit ihr wurden bundesweit 15 Frauen mit diesem Preis geehrt. Mit der Unterstützung von Parteienstiftungen haben sie sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um anderen Frauen zu helfen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Zahlreiche Festredner würdigten bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes dieses vielfältige soziale Engagement, das in erster Linie Frauen und Kindern gilt. Landrat Mathias Wilkes zeigte sich „überrascht über diesen bemerkenswerten Aktionsradius“. Lob gab es auch vom LtPD Volker Pfeifer vom PP Südhessen, Vorgesetzter von Christine Klein.

Wer nun geglaubt habe, dass Christine Klein keine Zeit mehr habe für ihre Familie und ihre Hobbys, der irrt sich. In einem Gespräch mit dem „Polizei-Report“ versicherte sie, dass neben der Familie ihr Garten zu ihren Hobbys gehöre. Sie lese gerne, male und betreibe Bildhauerei. Dazu komme noch, dass sie zusammen mit ihrem Mann gerne Reisen mit dem eigenen Wohnmobil unternehme. Und noch eines machte die Geehrte deutlich.

Diese Auszeichnung sehe sie als Bestätigung und Auftrag für ihr gesellschaftspolitisches Engagement und sie wolle weitermachen wie bisher. Auch die GdP-Südhessen dankt Nina Klein für ihre Aktivitäten zum Wohle der Menschen, die nicht im Lichte unserer Gesellschaft stehen.

Norbert Weinbach



**WMK**  
MÜLLER GmbH

**W**erkzeugformenbau  
**M**üller  
**K**unststoffspritzgußtechnik

**Technische Kunststoffteile - Baugruppen**  
**Konfektionierung - Spritzgußformen**  
**Prototypenformen - Erodieretechnik**

Hochstraße 9 • Industriegebiet Ost  
D-64385 Reichelsheim • Telefon: 06164 - 3243info@wmk-mueller.de  
www.wmk-mueller.de



# Pensionärstreffen 2010 des PP Südhessen

Bereits zum neunten Mal hatte das Polizeipräsidium Südhessen im vergangenen Jahr die Senior/innen des PP zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. Dieses Mal trafen sich die Pensionär/innen im neuen 1. Pol.-Revier. Dessen Leiter, Walter Laue, und ein Kollege zeigten den Besuchern bei einem Rundgang, wie heutzutage ein modernes Revier ausgestattet sein soll. Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber begrüßte die in großer Zahl erschienenen Gäste. Zahlreiche Freiwillige, unter ihnen Michael Schweikert, Uschi Hess, Klaus Strack und Klaus Eschenfelder, hatten die Organisation übernommen, verkauften Kaffee und Kuchen und auch kühle Getränke. Unsere Bilder geben einen kleinen Eindruck von diesem Treffen wieder. Bilder und Text: nw



# Polizei und Strafverfolgungsbehörde

## Kommunikation ist wichtig, auch mit der Staatsanwaltschaft

In einem kleinen Städtchen in Südhessen beschwerte sich Ende Oktober 2009 nachts um 1.30 Uhr ein Bürger über Lärm, verursacht durch einen laufenden Pkw-Motor. Er verständigte die zuständige Polizeistation, weil seine Ansprache nicht gefruchtet hatte. Er wurde sogar beschimpft, beleidigt und bedroht. Das wollte er sich nicht gefallen lassen.

Ein Streifenteam wurde nach dort entsandt. Die Funkstreife sprach den Besitzer des Kleinwagens an und forderte ihn mehrfach auf, seinen Zweitakt-Motor abzustellen. Die Beamten merkten, dass der Besitzer alkoholisiert war. Sie wollten eine Trunkenheitsfahrt unterbinden. Mehrere Ansprachen fruchteten nichts.

So wurde der Fahrzeugschlüssel abgenommen und sichergestellt. Trotz mehrfacher Aufforderung verließ der „Fahrer“ nicht sein Kfz und musste mit einfacher körperlicher Gewalt aus seinem Pkw verbracht werden, da er sich sperrte. Dabei erlitt er eine leicht blutende Wunde im Kopfbereich.

### Funkstreife bedroht und beschimpft

Durch sein uneinsichtiges Verhalten endete er in der Ausnüchterungszelle. Die Funkstreife wurde bei der Ausführung der Maßnahme wie so oft bedroht und übel beschimpft (Fäkalsprache und Nazi-Bezug). Die angeforderte Ärztin zur Prüfung der Haftfähigkeit wurde ebenfalls in aggressiver Art und Weise beschimpft.

Während der Unterbringung in der Gewahrsamszelle wurde der Festgenommene darauf hingewiesen, dass er seine Notdurft auf der Toilette verrichten kann. Davon machte er keinen Gebrauch, sondern urinierte mehrfach auf den Zellenboden. Ein für die Polizei trauriger aber normaler Vorgang. Die Beamten fertigten einen Vermerk, eine Kostenrechnung und verzichteten auf die Erstattung einer Anzeige wegen Beleidigung.

### Dienstaufsichtsbeschwerde

Eine gewisse Zeit später verfasste der Betroffene der Maßnahme eine Dienstaufsichtsbeschwerde über den Polizeieinsatz auf einem etwa DIN A7 großen Papierfetzen. Dieser war Grundlage staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen das Streifenteam einzuleiten. Die Ermittlungen dauerten ca. ein Jahr. Bis hierhin nichts Ungewöhnliches. Das Verfahren wurde letztlich eingestellt. Zum Glück standen keiner Beamten vor irgendwelchen Beförderungen oder sonstigen personellen Veränderungen.

Es hätte bestimmt Konsequenzen gehabt, mindestens aber Gespräche mit der Dienststellenleitung. Gegen den Betroffenen wurde dann seitens der Beamten wegen falscher Verdächtigungen Strafanzeige erstattet. Dieses Ermittlungsverfahren wurde kurz nach der Einstellung des Verfahrens gegen die Beamten auch eingestellt. Dazu die mir nicht nachvollziehbare Begründung: „Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen wäre die Schuld des Täters als gering anzusehen.“ Maßgebend für diese Bewertung des angezeigten Einzelfalles sind folgende Umstände: „Der 70 jährige Beschuldigte war nicht unerheblich alkoholisiert. Ihm kam es in erster Linie darauf an, sein Fahrzeug nicht verlassen zu wollen, um dort zu nächtigen.“

### Fehlendes Fingerspitzengefühl

Anmerkung: Wir reden hier von einem Wert von etwas mehr als 1,1 Promille. Dem ist entgegenzusetzen, dass seine Anzeige gegen die Beamten nicht an dem Abend im betrunkenen Zustand gemacht wurde, sondern einige Zeit später. Die Situation, dass er alkoholisiert war und sein Fahrzeug nicht verlassen wollte, hat kausal nichts damit zu tun, dass er zu einem späteren Zeitpunkt mit Vorsatz eine Straftat vorgetauscht und die Beamten einer Körperverletzung im Amt beschuldigt hat. Des Weiteren behauptete er, dass eine Blutentnahme an ihm vorgenommen wurde. Es wurde kei-

ne Blutentnahme angeordnet und keine Blutentnahme durchgeführt.

### Mangelndes Verständnis

Aufgrund der Einstellung des Verfahrens gegen den „Bürger“ wollte die Funkstreife von der zuständigen Oberstaatsanwältin die Vorgehensweise transparent erklären lassen. Man griff zum Hörer und rief einfach an. Nach anfänglich entspanntem Gespräch wurde dies ihrerseits zunehmend kühler. Man erklärte ihr, dass die staatsanwaltliche Begründung nicht nachvollziehbar sei. Ab diesem Zeitpunkt hielt sie einen Monolog und brach schließlich das Gespräch mit der Begründung ab, sie hätte viel Arbeit. Mehrfach während des Gespräches äußerte sie in überheblicher und herablassender Art und Weise, das der Beschwerdeweg für jeden frei sei. Der Redaktion liegen die anonymisierten Schriftstücke vor. Sowohl von Seiten der Gewerkschaft als auch von Seiten des Personalrates finden wir diese Vorgehensweise überhaupt nicht angemessen. Der Staatsanwaltschaft muss bekannt sein, dass wir, die Polizei, nur ein Bruchteil von dem zur Anzeige bringen, was tatsächlich anzeigewürdig ist. Würden alle alles anzeigen, behauptete ich, dann würde die Staatsanwaltschaft wirklich im Papier untergehen.

### Staatsanwälte sollten Polizeidienst besser kennen

Ich wünsche mir, dass Staatsanwälte jährlich zwei Tage mit auf Streife gehen und den Kriminaldienst besuchen sollten, um genau zu erfahren was los ist. Nur so erfahren sie hautnah, wo die Problemfelder sind und lernen unseren Klientel mal anders kennen. Sie sollten sich öfters in die Rolle des Geschädigten versetzen, sofern sie das können. Aber auch die eine oder andere Gefahrensituation müssen sie erleben um zu wissen wie es ist, wenn es um die eigene körperliche Unversehrtheit geht. Schlimm ist, wenn man sich ohne Respekt begegnet und auf den Beschwerde weg verwiesen wird, denn Papier ist wie gewöhnlich geduldig. Dafür haben wir kein Ver-

ständnis. Ob Kriminalhauptkommissar oder Oberstaatsanwältin wir sollten immer im freundlichen Dialog bleiben. Wir halten fest, dass auch Staatsanwälte sich an geltendes Recht halten müssen und wir hier keinen undemokratischen Einfluss nehmen wollen. Aber das Recht ist für alle gleich. Ein Strafbefehl mit der Zahlung einer geringen Summe für karitative Zwecke wäre wohl auch möglich gewesen. Wenn jeder Bürger die polizeilichen Maßnahmen über eine Strafanzeige

prüfen lassen wollte, dann sehe ich viel Arbeit auf unsere Justiz zukommen. Wir benötigen den Schutz der Justiz wenn Polizeibeschäftigte oder Sicherheitskräfte im Rahmen ihrer Dienstausbübung angegriffen oder beleidigt werden. Es kann nicht sein, dass diese Anzeigen unterschiedlich bis gar nicht und Trunkenheitsfahrten immer zu einer Verurteilung führen. Gleichwohl weiß ich, dass Amnesty International die Einstellung von Strafanzeigen gegen Polizeibeamte rügt und die Jus-

tiz hier im Fokus dieser Organisation steht. Das werden wir nie ändern können. In diesem Fall hat sich die Funkstreife nicht für den Beschwerdeweg entschieden. Als Gewerkschaftsvertreter und Polizeibeamter sah ich mich jedoch veranlasst, hierüber zu schreiben und dem Justizminister eine Kopie des Polizeireports zu kommen zu lassen. Eine Kopie ging auch an das AG und LG Darmstadt.

Antonio Pedron

## Die Vernehmung im Strafprozess

### Zwei Vorträge mit fast 100 Teilnehmern

Im November vergangenen Jahres hatte die GdP-Südhessen in Heppenheim und in Darmstadt zwei Seminare angeboten. Thema war: „Die Vernehmung im Strafprozess“.

Gegenstand des Vortrags sind Ablauf, Bedeutung und besondere rechtliche Problemstellungen der Beschuldigten- und Zeugenvernehmung sowie Anhörungen mit allen rechtlichen Grundlagen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens. Dies soll unter dem Aspekt der Bedeutung und Verwertung in der Hauptverhandlung verdeutlicht werden.

Behandelt werden u. a. Auswirkung von Alltagsfehlern bei der Vernehmung, verbotene Vernehmungsmethoden, Verwertung von Aussagen in Hauptverhandlung und Urteil, Vernehmung der Vernehmungsbeamten. Ziel ist, die Bedeutung der polizeilichen Vernehmung für den Strafprozess besser kennen zu lernen und zu verstehen, um Fehler bei der Alltagsarbeit zu vermeiden.



Antonio Pedron bedankte sich bei Staatsanwalt Jördens mit einer Flasche Wein. ms

Fast 100 Kolleg/innen hörten sich den Vortrag von Staatsanwalt Wolf Jördens (Staatsanwaltschaft Wiesbaden) an. Er ist seit über 30 Jahren als Staatsanwalt tätig und leitete u. a. die CDU Schwarzgeld-, die Ruzicka-Schmiergeld- und die PKK- Prozesse der 90er Jahre.

Durch die Junge Gruppe und die Kripokommission der GdP wurde diese Seminarreihe ins Leben gerufen. Wir haben in der Zwischenzeit eine Vielzahl positiver Rückmeldun-



Zuschauer

ms

gen erhalten. Es war von Anfang an unser Ziel, jeder Kollegin und jedem Kollegen die Möglichkeit zu geben, an diesem Vortrag teilzunehmen, unabhängig von einer Mitgliedschaft in der GdP. Wir haben bewusst die Möglichkeit von Multiplikatoren ausgelassen und wollten mit diesem Thema alle ansprechen, vom Dienststellenleiter bis zum Praktikanten, von der Schutz- bis zur Kriminalpolizei.

Diese Seminarreihe soll uns helfen, die Problemfelder zwischen Justiz und Polizei zu durchleuchten. Darüber hinaus gewährte uns

Staatsanwalt Jördens Einblick in seinen Beruf und die damit verbundene Arbeitsweise der Justiz.

Die GdP freut sich auf weitere Vorträge in den kommenden Monaten.

Antonio Pedron

# Sieben Fragen zum Lebensarbeitszeitkonto (LAK)

## Ein Versuch, Unklarheiten zu beseitigen

In einem Mitarbeiterbrief des HmdLuS wurde 2007 verkündet: „Bei der Arbeitszeit haben wir (Landesregierung und hessischer Beamtenbund) einen dauerhaften Kompromiss gefunden: Zwar wird es grundsätzlich bei bis zu 42 Stunden pro Woche bleiben, wir geben ihnen allerdings die Möglichkeit, wöchentlich jeweils eine Arbeitsstunde davon auf ein so genanntes Lebensarbeitszeitkonto anzusparen. Diese Gutschrift können sie nutzen für einen früheren versorgungsunschädlichen Eintritt in den Ruhestand oder auch für einen längeren Urlaub. Diese Regelung gilt rückwirkend ab dem 01.01.2007“. Weiter heißt es: „Mit dem Lebensarbeitszeitkonto haben wir darüber hinaus ein modernes Instrument geschaffen, das ihrer individuellen Lebensplanung erheblich entgegen kommt. Sie arbeiten zwar weiterhin –je nach Alter abgestuft – bis zu 42 Stunden pro Woche, sparen aber Zeiten an, die sie nach ihren persönlichen Vorstellungen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten einsetzen können. Das ist flexibles, modernes Dienstrecht und kein starres Kundenkorsett.“

Auch diese Aussage zur Lebensarbeitszeit ist leider nicht so zu verstehen wie dies in dem Mitarbeiterbrief geschrieben wurden. Schon eine Woche später gab es nämlich einen Erlass des HmdLuS in dem nochmals die Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und dem DBB Hessen über das Lebensarbeitszeitkonto erläutert wurde.

Zitat: „Die Beamtinnen und Beamten leisten mit einer Wochenarbeitszeit von bis zu 42 Stunden weiterhin einen wichtigen Beitrag, die Haushaltslage zu konsolidieren“.

Diese Aussage ist sicher mehr als zutreffend.

Später hieß es dann: „Die angesparten Arbeitsstunden werden

grundsätzlich unmittelbar vor Beginn des Ruhestandes durch Freistellung vom Dienst abgegolten.“ Die Möglichkeit für einen längeren Urlaub, wie im Mitarbeiterbrief vorgestellt, ist demnach nicht mehr möglich. Zur Klärung hier einige Fragen und Antworten.

### Was habe ich vom LAK?

Ab 1.1.2011 könnt ihr „aus persönlichen Gründen“ angesparte Stunden in Anspruch nehmen, also „frei“ nach eurem Gutdünken.

### Was für Stunden?

Ab dem 1.1.2007 wurde grundsätzlich jedem von uns, der 42 Wochenstunden arbeitet, eine Stunde gutgeschrieben. Macht pro Jahr 52 Stunden, macht ab dem 1.1.2007 bis zum 1.1.2011 nun bereits 208 Stunden. Ja, richtig gelesen, ihr habt 208 „versteckte“ Überstunden. Das gilt nur für diejenigen, die jünger als 50 Jahre sind. Dazu später mehr.

### Was soll denn dieses Lebensarbeitszeitkonto?

Es ist zunächst dafür da, entsprechend früher in Ruhestand gehen zu können. Da kommen im Idealfall schon ein paar Monate zusammen. Andererseits kann man ab dem 1.1.2011 diese Stunden „aus persönlichen Gründen“ in Anspruch nehmen. Es sind „bezahlte“ Stunden.

### Für was kann ich diese Stunden denn nehmen?

Na zum Beispiel für einen Kurzurlaub, wenn ich keine Urlaubstage mehr habe, oder „einfach so“ (mindestens Freistellung für einen Arbeitstag). Details werden dazu noch geklärt. Wichtig in allen Fällen: Dienstliche Belange dürfen nicht entgegenstehen!

### Kann ich mir die Stunden auch auszahlen lassen?

Nein, geht nicht.

### Können die Stunden auch verfallen?

Klar, wenn ich in Ruhestand gehe, ohne sie vorher in Anspruch genommen zu haben. Jeder normal denkende Schutzmann wird seine Stunden vor dem Ruhestand nehmen, zumal er von der Verwaltung schriftlich vorher darauf hingewiesen wird. Sollte man die Stunden aber wegen Krankheit nicht nehmen können und man geht aus der Krankheit heraus in den Ruhestand, kann auf Antrag eine finanzielle Abgeltung erfolgen.

### Was ist mit mir? Ich bin vergangenes Jahr 50 geworden und hab ja nur noch die 41-Stunden-Woche?

Nun, die Stunden zwischen dem 1.1.2007 und dem 50. Geburtstag sind natürlich da. Muss man sich errechnen oder warten, bis demnächst von der Verwaltung der aktuelle Stundenstand genannt wird.

### Was ist mit mir? Ich bin schon vor dem 1.1.2007 fünfzig Jahre alt geworden?

Auf Antrag kann man die Arbeitszeit von der 41- auf die 42-Stunden-Woche erhöhen. Das ist sicherlich für diejenigen interessant, die faktisch mehr als 41 Stunden pro Woche arbeiten.

### Wie und wann beantrage ich denn?

Grundsätzlich drei Monate vor Inanspruchnahme. Das ist sicherlich etwas umständlich, aber vielleicht wird das noch gelockert. Wie man den Antrag stellt, wird noch geklärt.

In den nächsten Wochen wird uns die Verwaltung noch ein paar Ausführungen schreiben und u.a. auch mitteilen, wie ihr den Stundenstand einsehen könnt und wie man den Antrag schreibt. GdP

# Stabwechsel bei den Kassierern

## Sigi Gamperl und Hartmut Fickinger legten ihr Amt nieder

43 Jahre lang hatte der Griesheimer Sigi Gamperl, der in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag feiert, mit dem Geld der Gewerkschaft zu tun. Jetzt hat er diesen Job ad acta gelegt und ist zurückgetreten. 1968 übernahm er das Amt des stellvertretenden Kassierers in der Kreisgruppe Darmstadt, zwei Jahre später war er Kassierer. 1976 wurde er stellvertretender Kassierer der Bezirksgruppe Südhessen und seit 1980 ist er der Chef der Kasse, bis heute. Zwei Mal war Sigi in dieser Zeit auch Kassenprüfer bei der Landes-GdP. In seiner Zeit als Verwalter unseres GdP-Vermögens hat Sigi Gamperl mit Horst Münscher, Norbert Weinbach, Jo Hable, Rolf Büttner und Antonio Pedron fünf BZG-Vorsitzende „verschlissen“. Die „Kohlen“ hat er aber immer zusammen gehalten. Er hat sich in der Bezirksgruppe einen Namen gemacht. Einen „Namen“ hatte er aber auch schon in seiner Dienstzeit wo er ein wenig liebevoll „Kindergarten-Cop“ genannt wurde. Bekannt war Sigi Gamperl auch als Organisator des BZG-Fußballturniers in Griesheim. Seit vielen Jahren stand im Hartmut Fickinger zur Seite, mittlerweile auch Pensionär. Er war der „Hilfsskassierer“, kannte



**Einen Stabwechsel gab es jetzt bei den Kassenwartern der BZG Südhessen, Hartmut Fickinger, v.l., und Sigi Gamperl, dem hier Antonio Pedron dankt, legten ihr Amt nieder, Sascha Ripper und Klaus Strack traten in ihre Fußstapfen. nw**

sich mit dem Rechnungswesen gut aus. Auch er hat jetzt sein Amt zur Verfügung gestellt. Vor seinem Ruhestand war Hartmut Fickinger im Personalrat des PP Südhessen freigestellt. Sascha Ripper und Klaus Strack kümmern sich um die Finanzen

Der Vorstand wählte bis zur nächsten Delegiertenversammlung (25. Oktober in Königstädten) den jungen Darmstädter Streifenbeamten Sascha Ripper zum neuen Kassenwart. Sein Vertreter wurde der 55jährige Klaus Strack, seit 1972 bei der Polizei und ebenso lange in

der GdP. Er ist seit 1975 bei der PSt Griesheim, arbeitet im Bezirksermittlungsdienst, fungiert dort als GdP-Vertrauensmann, ist Beisitzer im Vorstand der KG Darmstadt und war bisher stellvertretender Schriftführer im BZG-Vorstand. Der BZG-Vorsitzende Toni Pedron freute sich, dass es gelungen war, schnell zwei neue Leute für die verantwortliche Position als Kassenführer zu finden. Den beiden seitherigen Kassierern sagte er Dankeschön für die geleistete Arbeit. Sie werden bei passender Gelegenheit noch einmal mit einem Präsent verabschiedet. Norbert Weinbach

## Daniel Klimpke führt die Junge Gruppe

### Neuer geschäftsführender Landesjugendvorstand, Toni Pedron trat zurück

Mitte Januar tagte die Junge Gruppe Hessen im nordhessischen Zella. Hierbei gab es unter anderem einige personelle Veränderungen. Der bisherige Landesjugendvorsitzende Antonio Pedron hatte im August 2010 den Vorsitz der Bezirksgruppe Südhessen übernommen und stellte jetzt sein Amt zur Verfügung. Als Nachfolger wird ab sofort der bisherige Stellvertreter, Daniel Klimpke, die Geschicke der Jungen Gruppe Hessen leiten.

Neben Antonio Pedron trat aus zeitlichen Gründen auch Jochen Zeng als Stellvertreter ins zweite Glied zurück. Er ist stellvertretender Bundesjugendvorsitzender und wird zukünftig innerhalb der Junge



**Daniel Klimpke, neuer Vorsitzender der Jungen Gruppe Hessen. dk**

Gruppe Hessen als Beisitzer für Bundesangelegenheiten dem Gremium angehören. Die dadurch entstandenen Lücken wurden teilweise intern, durch das Aufrücken von Mirko Emejdi, aber auch durch die Nachwahl von den Neuzugängen Saskia Völker (stv. Vorsitzende), Christian Schwarz (stv. Schriftführer) und Maik Bretschneider (Beisitzer) gefüllt.

Neben den personellen Veränderungen wurde auch der Weg für die nächsten zwölf Monate beschlossen. Weiter stehen einige Projekte an, die in Zukunft durch die Junge Gruppe organisiert und veranstaltet werden sollen.

„Ich freue mich auf die neue Herausforderung in Südhessen und bin sehr stolz, dass wir innerhalb der GdP ordentlich Nachwuchs haben, um solche verantwortungsvolle

Aufgaben verteilen zu können.“ so Antonio Pedron. Peter Wittig vom geschäftsführenden GdP-Landesvorstand wünschte dem neuen Landesjugendvorstand viel Kraft für die

anstehenden Herausforderungen und sagte vollste Unterstützung des Landesbezirks zu.

Daniel Klimpke

## Plätzchen für „Tour der Hoffnung“

In der Vorweihnachtszeit hat Jürgen Pfliegensdörfer (GdP-Mitglied) von K 10 RKI Bergstraße, der im Nebenamt auch an der VFH unterrichtet, zusammen mit seiner Klasse (14 Studierende) ehrenamtlich in der Bepo-Küche Mühlheim 400 Tüten mit Weihnachtsplätzchen gebacken. Die Plätzchen, pro Tüte 2,50 Euro, wurden u.a. für die Spendenaktion „Tour der Hoffnung“ verkauft. Die Tour der Hoffnung ist eine alljährlich in Deutschland ausgetragene Benefiz-Radsportveranstaltung zur Unterstützung leukämie- und krebskranker Kinder. Dort ist Jürgen Pfliegensdörfer bereits seit vielen Jahren ehrenamtlich aktiv und er hat schon Spenden in Höhe von 300.000 Euro gesammelt. Beim Verkauf der Weihnachtsplätzchen wurde er von dem PR-Vorsitzenden Michael Schweikert unterstützt. Der hatte mit einer südhessenweiten PR-Info zu dieser außergewöhnlichen Spendenaktion aufgerufen und Pfliegensdörfer bei der Verteilung der Plätzchen geholfen. Den Spendenerlös in Höhe von

205 Euro überreichte Michael Schweikert bei der RKI Rüsselsheim, wo Jürgen Pfliegensdörfer derzeit abgeordnet ist. ms



**Für einen guten Zweck Plätzchen gebacken hatte Jürgen Pfliegensdörfer, rechts, mit seiner VFH-Klasse. Der Erlös aus dem Verkauf, den auch Michael Schweikert, links, unterstützt hatte, kam dem Projekt „Tour der Hoffnung“ zugute. ms**



**Dienstjubiläum.** Ihr 25jähriges Dienstjubiläum feierte Ende vergangenen Jahres die Verwaltungsangestellte bei der Pst Heppenheim, Ute Trimborn, rechts. Cornelia Ludwig, Leiterin der PD Bergstraße, überreichte ihr die Jubiläumsurkunde. Glückwünsche gab es auch vom Personalratsvorsitzenden Michael Schweikert. Ihm erklärte die Jubiläarin, die schon viele Jahre Mitglied der GdP ist, dass sie im Jahr 1995 ihren Auslandsurlaub unterbrochen habe, um an dem Auswahlgespräch für die ausgeschriebene Stelle beim damaligen Polizeikommissariat Heppenheim teilnehmen zu können. ms

## Kegeln – ein Sport für Polizei-Senioren

### Sieg für Polizei beim Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier



**Sie genossen beim Nikolauskegeln nordhessische „ahle Wurst“, Bier und Odenwälder Bauernbrot, die Kegler der Bergsträßer Vereinigung der Polizei-Pensionäre. ws**

Spannend war im November vergangenen Jahres der Ausgang des Walter-Heil-Gedächtnis-Turniers auf der Kegelbahn des „Saalbau“ in Heppenheim. Spannend, weil erstmals die Vereinigung der Bergsträßer Polizeipensionäre dieses Turnier gewonnen haben. Spannend auch, weil der Unterschied zwischen dem teilnehmenden Team der „Alten Herren 72“ aus Heppenheim und den Polizeipensionäre nur sieben Holz Unterschied lagen. 621 zu 614 Holz lautete das Endergebnis. Zu verdanken hatten die Schutzleute diesen Sieg der Jung-Pensionärin Uschi Hess. Sie spielte mit 95 Holz das überragende Ergebnis dieses

Turniers. Verwunderlich war es Insidern aber nicht, weil Uschi Hess noch vor wenigen Jahren Bundestrainerin der Jugendkegler war und selbst aktiv spielte. Turnierleiter Helmut Seibel (Polizeipensionäre) und Helmut Sturm, Chef der „AH 72“, überreichten Uschi Hess nicht nur eine Urkunde und einen Pokal, sondern auch noch einen Polizei-Teddy in der neuen blauen Uniform. Neben Uschi Hess gehörten Karl Schäfer mit 74 sowie Ferdinand Woifbyk und Fritz Butscher mit je 66 Holz zu den zehn besten Keglern im Polizeiteam.

Die besten Kegler bei der „AH 72“ waren Albert Schäfer (74), Werner Schreier (69), Werner Müller (65) und Norbert Ferdinand (65). Ferdinand, ist Polizeipensionär und verstärkte die „AH 72“ an diesem Tag ebenso wie Hartmut Würz. Helmut Sturm überreichte den Wanderpokal mit einem lachenden und einen weinenden Auge dem Seniorenpräsident Wilfried Seibel. Klar, dass die Alten Herren aus Heppenheim in diesem Jahr auf eine Revanche aus sind. Zu Beginn des Turniers gedachten die Kegler ihres verstorbenen Namensgebers Walter Heil, einst Chef des Polizeikommissariats Heppenheim. Er wäre im



**Als beste Keglerin wurde Uschi Hess, v.l., von Wilfried Seibel und Helmut Sturm beim Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier mit Urkunde, Pokal und Polizei-Teddy geehrt. ws**

vergangenen Jahr 90 Jahre alt geworden.

### Nikolaus-Kegeln

Neben dem monatlichen Kegelnachmittag (donnerstags) und dem Walter-Heil Gedächtnis-Turnier gehört das Nikolaus-Kegeln im Dezember zu den Höhepunkten der Aktivitäten der Bergsträßer Polizei-Pensionäre. Da spielt das Kegeln eigentlich nicht unbedingt die Hauptrolle. Die Senioren, bekleidet

mit rot-weißer Zipfelmütze, nutzen diese Gelegenheit auch zu einer kleinen Feier. Dieses Mal hatte Seniorenpräsident Wilfried Seibel aus seiner nordhessischen Heimat „ahle Wurst“ mitgebracht, eine Spezialität dieser Region. Ergänzt wurde die Mahlzeit durch Hausmacher Leber-, Blutwurst und Schwartenmagen. Dazu schmeckte Odenwälder Bauernbrot und ein kühler Schluck Bier. Mit 24 Pensionären war dieser Kegelnachmittag sehr gut besucht. nw

## 35 Jahre ohne Uniform aktiv

### Feierstunde der Vereinigung der Bergsträßer Polizei-Pensionäre



**Im Landgasthof „Jäger“ in Heppenheim-Erbach trafen sich die Polizei-Pensionäre des Kreises Bergstraße mit Gästen (unser Bild) zur Feier des 35jährigen Bestehens der Vereinigung. ws**

Einmal im Jahr feiert die Vereinigung der Bergsträßer Polizei-Pensionäre ein großes Fest in der Gaststätte „Jäger“ im Heppheimer Ortsteil Erbach. Im vergangenen Jahr gab es einen besonderen Anlass. Die Seniorenvereinigung bestand seit 35 Jahren. Daran erinnerte der Präsident der Pensionäre (sie besteht aus Rentner/innen und Pensionär/innen) bei der Feier-

stunde, zu der er auch Mitglieder des Heppheimer Kegelklubs „AH 72“, den Ehrenstadtverordnetenvorsteher Reinhold Müller und Michael Schweikert, Vorsitzender des Personalrats der Polizei Südhessen, begrüßen konnte.

### Gedenken an die Verstorbenen

Das diesjährige Herbstfest stehe unter dem Motto „35 Jahre Poli-

zei-Pensionäre des Kreises Bergstraße“. Jonny Zahrt, einstmaliger Leiter der Polizeistation Lampertheim, habe bei seiner Pensionierung die Idee gehabt, einen Pensionärsclub zu gründen. Er habe gewollt, dass sich die im Kreis lebenden Rentner/innen und Pensionär/innen nicht aus den Augen verlieren. Es sollte aber zu einer einst „äußeren Uniformierung jetzt nicht noch eine innere Uniformierung kommen“. Dies sei auch seine Devise, unter der er den Pensionärsclub weiterhin führen wolle, versicherte Wilfried Seibel. Er nahm diese Gelegenheit auch zum Anlass, an die Männer und Frauen zu erinnern, die dem Club angehört, seine Geschichte mit geprägt hatten und von denen einige leider viel zu früh verstorben seien. Dazu zählte er auf: Gustav

bausch, Willi Haag, Rolf Kröll, Peter Plum, Albert Ritz, Otto Rojan, Rudi Stemcke, Karl Weber, Jakob Stüber, August Weizmann, Herbert Sauer, Willi Bauer, Otto Glimm, Bernd Gregers, Jonny Zahrt, Walter Heil, Georg Hofmann, Hermann Schminke, Helmut Jäger, Erwin Müller, Hans Schäfer, Walter Berg, Karl Straub. Seibel vergaß aber auch nicht die „Rentnerband“ mit Hans Schäfer (Schlagzeug), Gerhard Ziegner (Geige) und Alfred Bohrer (Schifferklavier). Sie hätten bei früheren Treffen in Fahrenbach alte Volksweisen gespielt zum Mitsummen, Mitsingen und zum Tanzen.

### Aktivitäten 2010/2011

In der Bilanz der Pensionäre tauchte aus dem vergangenen Jahr auf: Monatlicher Kegelabend, Walter-Heil-Gedächtnis-Turnier mit dem Heppenheimer Kegelklub „AH 72“, Nikolauskegeln mit Plätzchen und Lebkuchen, Fischessen, gestiftet von Norbert Ferdinand, Drei-Tage-Fahrt nach Hamburg mit dem Besuch des Musicals „Ich war noch niemals in New York“ und dem Besuch des „Herkules“ in Kassel auf der Rückfahrt. Otto Schwarzer ließ in einem Lichtbildvortrag diese Tour noch einmal lebendig werden. In diesem Jahr ist ein „Grillfest der besonderen Art“ im Heppenheimer Vogelpark geplant. Dabei wird Norbert Ferdinand ein hervorragendes Zanderfilet kredenzen.

### Dankeschön an alle Aktiven

Der Seniorenpräsident ließ es sich auch nicht nehmen, sich bei all jenen zu bedanken, die immer wieder zu den Veranstaltungen kämen und so die Vereinigung am Leben



**Otto Schwarzer erinnerte mit einem Lichtbildvortrag an den Ausflug nach Hamburg. ws**

hielten. Er lud alle Rentner/innen und Pensionär/innen ein, zu den monatlichen Kegeltreffen donnerstags nachmittags im Saalbau in Heppenheim zu kommen und sich der Vereinigung anzuschließen. Namentlich bedankte sich Wilfried Seibel bei Ferdi Woißyk und Klaus Adler, die beim Kegeln die Funktion der Tafelschreiber übernommen hätten, bei Hartmut Würz und Georg Heldmann, die das Gedächtnisturnier organisiert hätten. Erfreulich sei, so stellte Seibel fest, dass sich einige „Jungpensionär/innen“ der Vereinigung angeschlossen hätten.

Dazu gehörten Uschi Hess, Fritz Butscher, Paul Prütting, Wolfgang Ruhs und Hans-Lothar Molitor. Das



**Zahlreiche Pensionäre mit ihren Partner/innen hatten es sich nicht nehmen lassen, die Jubiläumsfeier der Pensionärsvereinigung zu besuchen. ws**

zeige, dass die Pensionärsvereinigung noch lebendig sei.

### Pensionärsvereinigung landesweit einmalig

Michael Schweikert, Personalratsvorsitzender des Präsidiums Südhessen bezeichnete die Gründung der Pensionärsvereinigung als „landesweit einmalig“. Er freute sich, dass es immer wieder Menschen gegeben habe, die sich für die Interessen der Pensionäre einsetzten. Dazu gehöre auch Wilfried Seibel, der sich zum einen als Hobbykoch für soziale Belange engagiere, der als Seniorenvertreter auch in der Gewerkschaft der Polizei und im DGB aktiv und der deshalb zu recht mit dem „Ehrenbrief des Landes Hessen“ ausgezeichnet worden sei. Zur aktuellen Lage der Polizei äußerte sich Michael Schweikert aber auch. Die Sach- und Bekleidungs-ausstattung sei verbessert worden lobte er. Die Polizei leide aber immer noch unter Personalmangel und habe zu viele Überstunden angehäuft. Zwischen Pensionierung und Neubesetzung einer Stelle vergehe eine viel zu lange Zeit. Das führe nicht nur zu mehr Druck bei der täglichen Arbeit, zur häufigeren Teilnahme an Großeinsätzen, sondern auch dazu, dass eine der Kernaufgaben der Polizei, die Prävention im Streifendienst, vernachlässigt werden müsse, bedauerte er. nw

## Personalmangel sorgt für starke Belastung

### Gewerkschaft der Polizei ehrt in Heppenheim langjährige Mitglieder

„Der Personalabbau der vergangenen Jahre macht sich auch bei der Bergsträßer Polizei noch immer bemerkbar. Er ist vor allem für den Wechselschichtdienst besonders belastend, weil hier auch noch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden hinzukommt“. Mit diesen Worten machte Michael Majewski, Vorsitzender der Kreis-

gruppe Bergstraße der Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei der Jahreshauptversammlung in der Gaststätte „Am Graben“ in Heppenheim auf die besondere Situation der Schutzleute aufmerksam. Zu den Aktivitäten im abgelaufenen Jahr zählte er eine Weinlagenwanderung, die Kegelabende der Pensionäre und deren

Herbstfest. Auch die Betreuung der eingesetzten Kräfte bei der Demo in Biblis (Eisaktion) gehöre dazu und die Teilnahme an einer Demonstration in Wiesbaden. Die KG habe derzeit 216 Mitglieder. Die Vorstandssitzungen würden gemeinsam mit den Vertrauensleuten gestaltet. Majewski erinnerte auch an das vor einigen Jahren erstellte





**Ehrungen standen im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bergstraße der Gewerkschaft der Polizei in Heppenheim. Unser Bild zeigt links den Bezirksgruppenvorsitzenden Toni Pedron und rechts den stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörg Schumacher, die die Ehrungen vornahmen. Für 25jährige Mitgliedschaft wurden geehrt, v.l., Norbert Schweidler, Horst Mischler, Matthias Herbold, Michael Majewski, für 40 Jahre Wolfhard Kielmann, Paul Prütting, Wolfgang Ruhs, Werner Fischer. nw**

„Leitbild“ der Polizei“. Daran müsse man sich in der Zukunft wieder halten. Einen ausgeglichenen Haushalt präsentierte Kassiererin Ingrid Domsel. Prüfer Fritz Butscher bescheinigte ihr eine einwandfreie Kassenführung.

### Ehrungen

Für 25jährige Mitgliedschaft geehrt wurden mit einer Urkunde, einem Einkaufsgutschein und einer Flasche Wein Norbert Schweidler, Horst Mischler, Matthias Herbold und Michael Majewski. 40 Jahre dabei sind Wolfhard Kielmann, Paul Prütting, Wolfgang Ruhs und Werner Fischer. Der stellvertretende Landesvorsitzende Jörg Schumacher und der Bezirksgruppenvorsitzende Toni Pedron nahmen die Ehrungen vor und dankten für die langjährige Treue zur GdP.

### Zahl der Beschäftigten hat abgenommen

Michael Schweikert, Vorsitzender des Personalrats beim Polizeipräsidium Südhessen, stieß in das gleiche Horn wie der KG-Vorsitzende. Zusatzdienste und Sondereinsätze belasteten insbesondere den Rund-um-die-Uhr-Schichtdienst.

Deutlich werde dies an der Zahl von einst 2014 Beschäftigten in Südhessen, die jetzt auf rund 1800 gesunken sei. 275.000 Mehrarbeitsstunden sprächen eine deutliche Sprache. Abfeiern sei kaum möglich. Die Bezahlung von 61.000 Überstunden zum Jahresende sei ein Tropfen auf den heißen Stein. „Die Aufgaben werden immer mehr bei immer weniger Personal“,

klagte Schweikert. Dazu komme, dass auch im Bereich der Tarifbeschäftigten bei zwei ausscheidenden Mitarbeitern nur ein neuer wieder eingestellt werden dürfe. Selbst die jungen Leute, die bei der Polizei ausgebildet würden, bekämen keine Festanstellung. Es gebe lediglich die Ausnahme, Schwerbehinderte einzustellen. Bedauerlich sei auch, dass es keine eigenen Hausmeister mehr gebe bei den Dienststellen. Sie seien ausgelagert zum Hessischen Immobilienmanagement (HI). Sie würden nach wie vor die Arbeiten erledigen, kosteten heute aber fast doppelt soviel wie vorher. Jede zusätzliche Arbeitsstunde, die von den Dienststellen gewünscht werde, koste 42,50 Euro. Viele Aufgaben würden auch durch Fremdfirmen erledigt, zum Beispiel Schneeräumen oder das Herausstellen von Mülltonnen. Das koste eine Polizeistation alleine 266 Euro im Monat. Dazu komme noch, dass die Polizeigebäude verkauft und teuer zurückgemietet worden seien, klagte Schweikert. Lob gab es für

die gute Zusammenarbeit mit Polizeipräsident Gosbert Dölger und seinem Vertreter Uwe Brunnengräber.

### Polizei kein desolater Haufen

Vizepräsident Brunnengräber betonte, dass die Polizei kein desolater Haufen sei, auch wenn man durch Medienberichte den Eindruck gewinnen könne. „Der überwiegende Teil der Polizei leistet gute Arbeit“, lobte er die Schutzleute. Wo Menschen zusammenarbeiteten, gebe es Konflikte, hob er hervor. Das sei aber kein Grund, den Schmutzkübel über alle Polizisten auszuschütten. Es seien Schritte eingeleitet worden, um bestehende Ungereimtheiten aufzuarbeiten. Hierzu gehörte die Einrichtung einer unabhängigen Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten, der nicht eingebunden sei in die polizeiliche Hierarchie. Mit Henning Möller, dem ehemaligen Vorsitzenden des Hauptpersonalrates, habe man eine geeignete Person gefunden, die zum Beispiel bei Mobbing vermitteln könne. Vorgesehen sei auch, Altfälle aufzuarbeiten. Es gebe einen „runden Tisch“ im Innenministerium und auch in den Präsidien sollten bestehende Differenzen ausgeräumt werden. Man müsse nicht wegen jedem Konfliktfall bis zum Gericht gehen. Uwe Brunnengräber bot den Gewerkschaftern eine gute Zusammenarbeit an.

### Eine neue Führungskultur

Von einer „neuen Führungskultur“ sprach der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jörg Schumacher. Erkennbar sei dies an der Auswechslung des unbeliebten Lan-



**Gut besucht war die Jahreshauptversammlung der KG Bergstraße in der Gaststätte „Am Stadtgraben“ in Heppenheim. nw**

despolizeipräsidenten Norbert Nedela. Man könne auch feststellen, dass unter dem neuen Innenminister Boris Rhein die Kommunikation mit GdP und Personalräten besser werde. Die Gewerkschaft werde im kommenden Jahr nicht nur versuchen, bei den Tarifverhandlungen ein optimales Ergebnis zu erzielen, sondern auch die Mitbestimmung zu verbessern. Es gehe auch um die Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Zeitgutschriften für Schichtdienstbeamte, die früher in Pension gehen könnten, ohne Abschläge, und die Gerichtsentscheidung, dass ein Urlaub auch bei längerer Krankheit nicht verfallende und

dass es mehr Zusatzurlaub für den Schichtdienst geben müsse.

Toni Pedron, Vorsitzender der südhessischen GdP, betonte, dass es gelungen sei, die Zahl der Mitglieder wieder auf über eintausend zu bringen. Das liege unter anderem an so rührigen Kreisgruppen wie die der Bergstraße. Auch die Arbeit der rüstigen Pensionäre unter der Leitung von Wilfried Seibel würdigte er. Seminare und Vorträge anstelle von Kugelschreibern zeigten den Polizeibeschäftigten, dass die GdP in der Lage sei, ihren Mitgliedern etwas zu bieten. Notwendig sei die Gewinnung neuer Mitglieder aber auch

die Mitgliederpflege, die man nicht vernachlässigen dürfe. Deshalb habe die BZG Südhessen in diesem Jahr allen Mitgliedern einheitlich einen Zwei-GB-Stick zu Weihnachten geschenkt. Er hob hervor, dass die GdP unter dem Motto „Telefonieren bis der Digitalfunk kommt“, allen Mitgliedern ein Handy zur Verfügung stelle mit dem sie kostenlos untereinander und ins Festnetz telefonieren könnten. Außerdem habe die GdP-Hessen einen kostengünstigen Familienbeitrag eingeführt. Die GdP als größte Polizeigewerkschaft der Welt könne sich mit ihren Leistungen sehen lassen. nw

## Danke Elke- eine Frohnatur geht Elke Schäfer ging in die Altersteilzeit



**Gleich drei Stationsleiter der PSt Rüsselsheim waren zur Verabschiedung von Elke Schäfer gekommen, v.l., Rainer Stöhr, Helmut Zell (beide ehemalige Leiter), Elke Schäfer, Hans-Günter Dolle (jetziger Leiter der PSt Rüsselsheim). tp**

Ende Januar war es soweit: Der Abschied unserer Elke stand bevor. Elke erreichte das Alter, um in die Freistellung der Altersteilzeit zu gehen. Elke war über zwanzig Jahre im Geschäftszimmer der Polizeistation Rüsselsheim tätig und verschliss in dieser Zeit insgesamt vier Dienststellenleiter, wie sie zu sagen pflegte. Bis auf den Kollegen Schott, der leider nicht mehr lebt, waren ihre drei Chefs, Rainer Stöhr, Helmut Zell und Hans Günter Dolle bei der Verabschiedung anwesend.

Elke war durch ihre Hilfsbereitschaft, Kompetenz und ihr Engagement über Rüsselsheim hinaus bekannt und bei der Mannschaft in

Rüsselsheim außerordentlich beliebt.

Am Tag ihrer Verabschiedung war der Besprechungsraum 126 in Rüsselsheim menschenvoll. Elke merkte man diesen schweren Gang an. Aber auch uns sah man an, dass es kein gewöhnlicher Abschied war. Viele konnten es nicht fassen, dass dieser Tag schon da war, denn schließlich wurde Helmut Zell, ihr letzter Chef, wenige Monate zuvor verabschiedet. Hans-Günter Dolle bedankte sich herzlich bei Elke für die tatkräftige und loyale Unterstützung, denn für ihn waren im Frühjahr 2010 in Rüsselsheim fast alle

fremd gewesen als er die Dienststellenleitung übernahm.

Die Urkunde wurde von Direktionsleiterin Francoise Stephan ausgehändigt, die sich mit netten und einfühlsamen Worten für Elkes Leistung bedankte.

Der Höhepunkt der Verabschiedung war die Überraschungsrede des verkleideten Dieter Kerstan in der Bütt. Vom ersten bis zum letzten Satz wurden die Lachmuskeln gereizt und die Tränen flossen. In karnevalistischer Manier durchflog Dieter Elkes Arbeitstag. Dabei ließ er nichts aus, beginnend von der An- und Heimfahrt, von Izema bis zum DuZ, bis zum edlen Kaffeegeruch, den blubbernden Aquarium und den klappernden Absätzen.

„Liebe Elke, wir wünschen Dir und Deinem Eckie viel Spaß bei Eurer Kreuzfahrt, viele gesunde und herzliche Tage im „Vorruhestand“. Bei uns Rüsselsheimern bist Du immer herzlich Willkommen. Alles Gute“.

Toni



# Freude bei der Polizei in Gernsheim

**Daniela Raab 1000. GdP-Mitglied, Jubilare Hubert Ofenloch und Harald Reuther**



Grund zur Freude hatten auch DGL Hubert Ofenloch und DGL-V Harald Reuther. Sie wurden von Toni Pedron für 25jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt.

Ein Einkaufsgutschein, eine vergoldete Jubiläumsnadel und eine Urkunde bekamen sie als Dankeschön und Anerkennung für ihre Treue zur GdP.

Beide waren bei der Jahreshauptversammlung der KG Groß-Gerau entschuldigt. Deshalb wurde die Ehrung jetzt nachgeholt. Auch die anderen Jubilare, die damals nicht kommen konnten, werden noch nachträglich geehrt. GdP

**Hubert Ofenloch, links, und Harald Reuther, rechts, wurden vom BZG-Vorsitzenden Toni Pedron, Mitte, für 25jährige Mitgliedschaft geehrt. tp**

Grund zur Freude hatten jetzt einige GdP-Mitglieder der Polizeistation Gernsheim. Zum einen begrüßte der süd-hessische Bezirksgruppenvorsitzende Antonio Pedron mit Daniela Raab das 1000. Mitglied in Südhessen. Daniela Raab hatte im Frühjahr am Kartrennen der GdP teilgenommen und als schnellste Frau zwei Eintrittskarten der PSG für eine Veranstaltung von „Badesalz“ bekommen. Da war sie noch kein GdP-Mitglied. Einige Monate später trat sie dann ein.

Toni Pedron überreichte ihr als Geschenk eine Einsatztasche, eine Kladde, einen Verwarnungsgeldblock, ein Dienst- ausweismäppchen und einen Polizei-Teddy.



**Toni Pedron begrüßte Daniela Raab als 1000. Mitglied der BZG Südhessen. Die Aufnahme entstand bei der Siegerehrung des Kartrennens. tp**

## Sternsinger



segneten das PP Süd-hessen. Am Tag der Heiligen Drei Könige empfangen die Mitarbeiter/innen des PP Süd-hessen die Sternsinger der Liebfrauen-gemeinde Darmstadt im Polizei-präsi-dium. Am Hausein-gang brachten die

nige“ den Segensspruch „C+M+B“ und die Jahreszahl 2011 an. Die Abkürzung steht für „Christus Man-sionem Benedicat – Christus schütze dieses Haus“.

Polizeivizepräsident Brunnengräber bedankte sich bei den Sternsinger-n für die Segnung und beteiligte sich zusammen mit den anwesen-den Mitarbeiter/innen mit einer Spende für Not leidende Kinder in aller Welt. ms

# Fast alle Fehlstellen des PP Südhessen besetzt

## Vermehrte Einstellungen seit 2008 zeigten jetzt Wirkung



**Der erste Teil der neuen Kolleg/innen wurde jetzt beim PP Südhessen begrüßt. ms**

Bereits zum Versetzungstermin im August 2010 gab es weniger Bewerber als freie und besetzbare Planstellen beim PP Südhessen. Entsprechend gab es 16 so genannte Versetzungsersatzabordnungen aus der Bereitschaftspolizei, um die Fehlstellen abzudecken. Wenn es nach dem LPP Udo Münch geht, sollen diese Versetzungsersatzabordnungen künftig der Vergangenheit angehören. In Zukunft soll es so sein, dass langjährige Einsatzbeamte der Bereitschaftspolizei auch gegen ihren Willen auf freie Stellen versetzt werden, insbesondere bei den Polizeipräsidien in Frankfurt, West-, Südost- und Südhessen.

Für das PP Südhessen bedeutet der Versetzungstermin 1. Februar 2011, dass erstmals wieder fast alle Fehlstellen besetzt werden können. Dies ist die Folge der erhöhten Einstellungszahlen seit 2008, die sich erstmals in 2011 positiv auswirken. Darüber hinaus gibt es für die Gefährdungslage am Frankfurter Flughafen zusätzlich weitere zehn Stellen, um diese Lage in eigener Zuständigkeit abzudecken. Dies erfolgt aktuell in Form einer ständigen Objektschutzstreife, die rund um die Uhr durch die Wachpolizei des PP Südhessen abgedeckt wird. Die zehn zusätzlichen Vollzugsstellen wurden auf die Direktionen des PP Südhessen verteilt. Der Umfang der Objektschutzmaßnahmen soll sich zum 1. August 2011 erhöhen. Dafür soll es dann erneut zweckgebunden 22 zusätzliche Vollzugsstellen für das PP Südhessen geben. Zum Versetzungstermin Februar 2011 wurde mit Zustimmung des Haupt-

personalrats eigens der Versetzungserlass ausgesetzt. Demnach werden erstmals Bewerber/innen aus der Bereitschaftspolizei versetzt, die noch nicht die zwölfmonatige Mindestverweildauer in der Bepo abgeleistet haben. Allerdings konnte auch bei dieser Verfahrensweise nicht der zugestandene Personalbedarf der südhessischen Polizeipräsidien abgedeckt werden. Dies hatte zur Folge, dass auch wechselwillige Kolleg/innen, die erst im Februar ihre Fachhochschule beendet hatten, bereits zu den Polizeipräsidien versetzt werden konnten.

Polizeivizepräsident Brunnengraber begrüßte die neuen Kolleg/innen. Bei dieser Veranstaltung handigte er auch sieben Kolleg/innen die Urkunde zur Ernennung Beamt/in auf Lebzeit aus. Personalratsvorsitzender Michael Schweikert freute sich über den hohen Personalzuwachs, der erstmals seit vielen Jahren wieder die meisten Fehlstellen beim PP Südhessen abdecken

werde. Er kritisierte aber auch, dass den hinzuversetzten Kolleg/innen erst sehr spät ihre künftige Dienststelle mitgeteilt werden konnte. Grund hierfür war, dass die hausinternen Interessensabfragen beim PP Südhessen erst Ende Dezember erfolgt sind. Insbesondere bei Mehrfachbewerbungen waren daraufhin Auswahlverfahren für die Besetzung der Stellen notwendig geworden. Dies führte deshalb zu einem Zeitverzug und vor allem dazu, dass die dann frei gewordenen Lücken erst sehr spät mit den Hinzuversetzungen benannt werden konnten. Im Zusammenhang mit Personalentwicklungsmaßnahmen waren es im Februar mehr als 150 interne Personalveränderungen.

Am Ende war es aber doch so, dass auch die Versetzungswünsche der hinzuversetzten Kolleg/innen überwiegend erfüllt werden konnten. Da hatten vor allem Peter Herzog von der Abteilung Einsatz wie auch Dieter Tatulinski von der Verwaltung einen großen Anteil dazu beigetragen. Auch der Personalrat konnte in einigen Fällen noch eingreifen, so dass beispielsweise ein „Polizeipärchen“ zwar bei verschiedenen Direktionen, aber künftig im gleichen Schichtrhythmus eingesetzt wird. Hier bedurfte es auch der Unterstützung der jeweiligen Polizeidirektionen. Insgesamt gab es bei allen Beteiligten eine hohe Flexibilität, um den Wünschen der Kolleg/innen möglichst gerecht zu werden. ms



**Auch die erst Mitte Februar zum PP Südhessen versetzten Kolleg/innen, unser Bild, wurden vom Personalrat und vom Leiter E, Volker Pfeiffer, an ihrem neuen Einsatzort begrüßt. ms**

# Sicherheit ist Mehrwert

## Nachlese zum 24. GdP-Bundeskongress in Berlin

254 Delegierte bearbeiteten beim 24. Ordentlichen Bundeskongress der GdP 224 Anträge und Resolutionen im Estrel-Hotel in Berlin-Neukölln. Groß war dabei das Interesse von Medien und auch von Politikern und Gewerkschaftern. Gekommen waren unter anderem Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Bundespräsident Christian Wulff, SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel, Berlins Innensenator Körtling, DGB-Vorsitzender Michael Sommer, Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, die früheren GdP-Vorstände und späteren Polizeipräsidenten von Braunschweig, Udo Ahlers, und Köln, Klaus Steffenhagen, die früheren GdP-Bundesvorsitzenden Norbert Spinrath und Hermann Lutz und einige andere Politiker und Repräsentanten von Polizei und Bundeswehr. Das alles bedeutete aber auch, dass die Sicherheitsvorschriften ernster gehandhabt wurden als normal, ganz im dem Sinne des Kongress-Mottos: „Sicherheit ist Mehrwert“.

Bernhard Witthaut (Niedersachsen), der später zum Nachfolger von Konrad Freiberg (Hamburg) als GdP-Bundesvorsitzender gewählt wurde, eröffnete die Veranstaltung mit einem Blick auf den zurückliegenden Castor-Einsatz. Der sei im, Nachhinein betrachtet, von einigen nicht zu akzeptierenden Vorkommnissen geprägt worden. Dazu gehörten die zu langen Einsatzzeiten, die kaum vorhandenen Sanitäreinrichtungen, die schlechte und unterschiedliche Vergütung der Kräfte und einiges andere mehr. Das alles müsse von den Personalräten und der GdP aufgearbeitet werden.

Freiheitlich-demokratisches Leben beibehalten Auch wenn einige Terroristen unsere Freiheit bedrohen, so sollten wir uns dennoch nicht Angst machen lassen und unser freiheitlich-demokratisches Leben beibehalten, darin sei er sich mit allen Fraktionen des Bundestags einig, versicherte Bundesinnenminister (BMI) Thomas de Maizière. Islamischer Terrorismus sei ein Missbrauch des Glaubens, so sagten es



**Auf reges Interesse stieß der GdP-Bundeskongress in Berlin, im Vordergrund die (süd)hessischen Delegierten. nw**

viele Moslems. Man müsse zwar wachsam sein aber die dürfe nicht dazu missbraucht werden, hier ordentlich lebende Moslems unter Generalverdacht zu stellen. Wachsamkeit dürfe nicht in Broschüren gepredigt werden, sie sei eine Aufgabe aller Bürger. So hätten verschiedene Anschläge in der Vergangenheit verhindert werden können. „Die Polizei erfüllt ihre Aufgabe professionell, auch wenn sie mit hinterhältigen Anschlägen rechnen müsse“, lobte der BMI. Sie stehe immer in vorderster Front, nicht nur bei Großeinsätzen, sondern auch im täglichen Dienst.

Er ging auf die unterschiedlichen Sicherheitsstandards bei der Personenüberwachung und bei der Fracht im Luftverkehr ein, forderte die Schließung bestehender Lücken. De Maizière verurteilte die Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte. „Wer Gewalt anwendet, bricht das Recht auf friedliche Demonstration“. Man könne, auch bei punktueller Gewalt nicht davon reden, „dass der Einsatz im Großen und Ganzen friedlich verlaufen ist“. Auf der anderen Seite spricht man davon „der ganze Einsatz war Mist“, wenn zwei Schutzleute „aus dem Ruder gelaufen sind“. Der Minister verurteilte Abgeordnete, die zu Straftaten aufgerufen hätten (Entschottern), und er wies zurück, dass die Polizei ihrerseits Gewalt angewendet hätte. „Polizisten werfen keine Steine“. Er versprach, dass der Schutzbereich für Polizei und Rettungskräfte erhöht, dass der Strafraum für qualifizierte Körperverletzung ausge-

weitert werde und dass man wegen der zunehmenden Gewalt von rechts und links Gesetze verschärfen müsse.

Er lobte aber auch die verbesserte Ausrüstung bei der Bundespolizei und verteidigte die Erhöhung der Arbeitszeit, die den Personalabbau kompensiert habe. Personalaufbau alleine löse aber nicht die Probleme der Zukunft wie Cyberkriminalität, Organisierte Kriminalität und andere Straftaten. Man brauche nicht nur mehr Schutzleute auf der Straße, sondern auch mehr Personal an Computern. Abschließend verwies der BMI darauf, dass er einen Eid auf die Verfassung abgelegt habe, ähnlich wie die Polizei. „Dieser Eid verbindet uns, zum Wohle unseres Landes“.

### Die Polizei in die Politik einbeziehen

Die GdP habe vor Terrorismus und Panikmache gewarnt, habe als Interessensvertretung Zurückhaltung gezeigt, versicherte Konrad Freiberg in seiner ergänzenden Rede zum Geschäftsbericht, die immer wieder von Beifall begleitet wurde. Es mache aber den Umgang mit der Politik schwierig, wenn man die GdP zu den Beratungen nicht hinzuziehe. „Wir haben 170.000 Mitglieder. Wir sind die Stimme der Polizei. Wir versuchen, das in die Öffentlichkeit zu tragen“. Es gehe nicht an, dass man immer wieder mit einer anderen Berufsorganisation verwechselt werde, wo ein „Rhetorik-Tarzan“ auftrete und die Öffentlichkeit verunsichere. „Man hat

zwar keine Ahnung aber eine Meinung“. Es sei bedauerlich, dass solche Menschen in der Öffentlichkeit angehört würden und die GdP sich für deren Äußerungen rechtfertigen müsse. Immerhin habe die GdP den Anspruch, Sprecherin der Polizei zu sein.

Konny Freiberg ging auf die Einsatzbelastungen beim Castortransport ein und verwies darauf, dass die Regierung durch die Aufgabe des Atomkonsenses den vier großen Energiekonzernen entgegen gekommen sei. Da habe man mit Protestpotential und vermehrten Gewalttaten durch Straftäter rechnen müssen. Es sei schwierig gewesen für die Polizei, bei der Sitzblockade im Wendland friedliche Bürger einzeln wegzutragen. Die Alternative wäre aber nur das Zurückfahren der Castoren gewesen oder die Anwendung unmittelbaren Zwangs mit Pfefferspray und Wasserwerfern. Das habe er sich nicht vorstellen können. Davon hätte sich die Polizei lange nicht erholt.

Freiberg griff gesellschaftliche Probleme auf wie die Schere zwischen arm und reich, Gewalt gegen die Polizei und abnehmendes Verständnis für die Politik. Er verwahrte sich davor, von der Politik institutionalisiert zu werden. „Wir sind weder für noch gegen Kernenergie oder „Stuttgart 21“, wir sind als Institution neutral“. „Auch wenn wir beschimpft und bespuckt werden, so verfolgen wir dennoch Straftäter von links und rechts und werde weiter für die demokratische Grundordnung kämpfen“, versicherte er. „Die Polizei kann keine gesellschaftlichen Konflikte lösen. Wir wollen nicht als Puffer zwischen der Politik und den Bürgern missbraucht werden“, rief er den Politikern zu. 10.000 Stellen seien bei der Polizei und 3000 im Tarifbereich gestrichen worden und die Streichung von weiteren 9000 Stellen sei in den Etats der Länder zu erwarten, griff Freiberg die Politiker an. Die Polizei sei zum Hassobjekt junger Leute geworden. Sie dürften straflos T-Shirts mit der Aufschrift „ACAP“ (All Cops Are Bastards) tragen. Das müsse von der Gesellschaft geächtet werden. Polizist/innen stünden unter erhöhtem Stress, Krankenstand und

Burn-out-Syndrom“ nähmen zu. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Politiker nur mit der Streichung des Weihnachtsgeldes und weiterer Stellen antworteten. Das sei zumindest politisch eine „unterlassene Hilfeleistung“ der Verantwortlichen. Die GdP sei stolz auf die Anerkennung der Polizei durch die Bevölkerung. Die Polizei leiste gute Arbeit. „Glaubwürdigkeit, Zusammenarbeit und Solidarität sind die Grundlagen unserer Arbeit. Das gilt nicht für die Politik“, rief Konrad Freiberg in den Saal, der ihm mit stehendem Applaus dankte. „Auch für die weitere Zukunft gilt: Wir müssen leidenschaftlich das Wünschbare im Blick halten und beharrlich das Machbare tun. Wir müssen handeln aus Überzeugung und überzeugen durch Handeln. Und das geht nur mit einer starken Gewerkschaft der Polizei. Und nie vergessen: Wir sind die Guten“.

### **Gemeinsam sind wir stark**

„Polizei: Der geilste Job der Welt“, feuerte Bernhard Witthaut die Delegierten an. Das ist toll und soll so beibehalten werden, sagte er im Hinblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen. Der öffentliche Dienst dürfe von den Gehaltserhöhungen nicht abgekoppelt werden. „Wir dürfen nicht zulassen, dass wir gegeneinander ausgespielt werden“, betonte Witthaut. „Pensionäre, Rentner, Beamte, Tarifbeschäftigte sind eine Einheit. Gemeinsam sind wir stark“.

Die GdP sei 60 Jahre alt geworden und habe viel erreicht. Die Kolleg/innen hätten gekämpft für Erfolge. Darauf könnten sie stolz sein. Mitbestimmung, zweigeteilte Laufbahn, bedarfsorientiertes Wechselmanagement, Schutzwesten gehörten dazu. Die Polizei habe als zivile Einrichtung ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft gefunden. „Lasst uns diesen Weg gemeinsam fortsetzen“, forderte er. Es gebe eine neue Qualität der Gesellschaft. Kriminalität, Gewalt gegen die Polizei, Großbeisätze, Unfälle, Arbeitsverdichtungen, physische und psychische Stressbelastung seien an der Tagesordnung. Das Durchschnittsalter steige an, der Personalmangel werde deutlich und dennoch sollten

in den kommenden Jahren weitere 9000 Stellen wegfallen. „Das ist eine Pervertierung des Föderalismus“.

Es sei notwendig, bei der Personalbemessung Region und Behörden zu berücksichtigen, die akademische Ausbildung beizubehalten, Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen wegen ihrer Sprache und Kultur, die Dienstpläne so zu gestalten, dass Familie und Beruf vereinbar seien. Man müsse die Gesundheitsvorsorge ausbauen, dürfe die seelischen Belastungen nicht außer acht lassen. Polizei und Rettungskräfte müssten besser gegen Gewalt geschützt werden. Das seien alles noch Zukunftsaufgaben für die GdP. Bisher angeschobene Konzepte wirkten, so Bernhard Witthaut, weil sie von den Kolleg/innen vor Ort getragen würden. Es gelte, Austritte zu verhindern, vorliegende Herausforderungen zu meistern im Tarifverbund mit Ver.di und als Teil der Familie im DGB.

Wer die Zukunft gestalten wolle, dürfe nicht vergessen, woher er komme. Die GdP setze auf ein schlankes Ehrenamt, um die Bodenständigkeit nicht zu vergessen. Trotz steigender Arbeitsbelastung müssten neue Wege gegangen werden. Eine projektorientierte Mitarbeit kleiner von Expertenwissen getragenen Gremien könne dabei helfen.

Bernhard Witthaut forderte Geschlossenheit von der GdP. Man müsse die Personalratswahlen gewinnen, GdP und Personalräte seien die Interessenvertreter der Polizei. Das müsse so bleiben. Es gehe nicht an, dass mit der „inneren Sicherheit“ Politik gemacht werde. „Die Politik muss die Polizei unterstützen, damit sie die innere Sicherheit gewährleisten kann“ schloss der neue Bundesvorsitzende seine Rede.

### **Ein exzellenter Vorsitzender**

Beifall erhielt der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel für seine Rede. Nicht alles, was aus Niedersachsen komme, sei schlecht, meinte er. „Bernhard Witthaut ist ein exzellenter Vorsitzender.“

Die Bedrohungslage habe sich zugespitzt. Auch die SPD sei dank-

bar für das Handeln von Thomas de Maiziere, selbst bei der Vorratsdatenspeicherung. Es gehe nicht an, dass der BDK den Einsatz der Bundeswehr fordere. „Wir sind hier nicht in einem Krieg, auch nicht in einem psychologischen Krieg“. Bürgerwehren, schwarze Sheriffs und Soldaten seien keine Garanten für innere Sicherheit. Das seien nur gut ausgebildete Polizeibeschäftigte. „Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein“, forderte er. Man könne über die Zusammenführung von Bundespolizei und Zoll reden aber nicht mit dem Ziel, Personal abzubauen. Angesichts der Bedrohungslage leiste die Polizei einen objektiven Sicherheitsbeitrag. Die Menschen fühlten sich durch deren Präsenz sicherer. Diese Professionalität reiche, die innere Freiheit nicht zu verlieren.



**Ein Mann, der sich in Polizeiangelegenheiten auskennt, Bundesinnenminister Thomas De Maiziere. nw**

Gabriel ging auf die steigende Belastung der Polizei ein. Dass die Politik den Konflikt um Gorleben belebt habe durch ihren Ausstieg aus dem Ausstieg der Atomenergie sei eine Riesendummheit. Dazu komme, dass diese Regierung den Atomkonzernen noch Milliardengewinne zuschance. Der SPD-Vorsitzende beklagte die Zunahme der Armen in dieser Republik. Es müsse Wohlstand geben für alle, nicht nur für wenige in den Vorstandsetagen der Konzerne. Wer mit Milliarden unterstützt werde, müsse auch dafür bezahlen. Es gehe nicht an, dass Kommunen Schwimmbäder und Theater schließen müssten, dass kein Geld da sei für Vereine. „Kom-

munen sind die Stätten des Zusammenlebens, wo wir wohnen und wo es Kindergärten gibt“, rief er unter dem Beifall der Anwesenden in den Saal. Hier fühlten sich die Menschen sicher. Sozialer Friede und innere Sicherheit seien zwei Seiten einer Medaille. Gabriel klagte die zunehmende Gewalt gegen die Polizei an, dass Diebstahl härter bestraft werde als Körperverletzung. Gute Arbeit brauche guten Lohn, gewachsene Anforderungen brauchten eine verbesserte Ausbildung und eine bessere Bezahlung. Sein Dank galt nicht nur der GdP und der Polizei, sondern auch dem scheidenden Vorsitzenden Konrad Freiberg. Er sei zehn Jahre lang der Repräsentant der Polizei gewesen, habe sich um Beamte und Tarifbeschäftigte gekümmert, ohne in der Gefahr zu sein, populistischen Strömungen hinterherzulaufen.

### **Polizei kann Probleme der Gesellschaft nicht alleine lösen**

Auch wenn die Polizei hervorragende Arbeit leiste, so könne sie die Probleme dieser Gesellschaft nicht alleine lösen, sie brauche dazu auch die Politiker, stellte Bundespräsident Christian Wulff in einer viel beachteten Rede fest. Ohne Polizei würde unser Rechtsstaat nicht funktionieren. Sicherheit sei ein „Mehrwert“ für den Standort Deutschland, ging er auf das Motto der GdP ein, den man sich etwas kosten lassen müsse, weil er Zinsen bringe. In Deutschland sei die Lebensqualität groß. Hier fühlten sich auch Ausländer sicher. Das sei in anderen Ländern anders, wo man sich private

Sicherheit oder sogar die Polizei „kaufen“ müsse. „In unserem Gemeinwesen gilt die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren“. Die GdP habe geholfen, diesen Rechtsstaat zu schaffen.

Wulff ging auf die Arbeitsbedingungen ein, die noch verbessert werden müssten, lobte das entwickelte Bewusstsein der Polizei, die sich modernisiere, die auf die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund setze. Die Polizei sei ein Spiegelbild der Gesellschaft. Sie solle klare Signale gegen zunehmende Gewalt setzen. Prävention, eine wirkungsvolle Sozialpolitik und breite Bildungsmöglichkeiten verhinderten zunehmende Kriminalität. Es gäbe keine Entscheidungen der Politik ohne Zielkonflikte. Man müsse den Menschen die Entscheidungen aber auch verständlich machen. Es sei gut, dass sich die Polizei frühzeitig mit Bürgerinitiativen in Verbindung setze. Die Demonstrationenfreiheit erlaube, „sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln“. Es dürfe keinen Zweifel geben an der Durchsetzung dieses Rechts. Der Bundespräsident lobte das positive Bild, das die Polizei genieße, auch bei Auslandseinsätzen. Er lobte die GdP für ihr kritisches Engagement und mutiges Auftreten. Sein Dank galt aber auch Konrad Freiberg für seine jahrzehntelange Arbeit in der Polizei. Er sei ein kompetenter Vertreter der Polizeiinteressen gewesen. Die GdP lud er zu regelmäßigen Gesprächen ein. Die Delegierten dankten Christian Wulff mit „standing ovations“.

NW



**Senioren plaudern in gemütlicher Runde, v.l., Norbert Weinbach, Günter Klinger (Bayern), Werner Fischer (Baden-Württemberg). nw**

# An Weisungen nicht gebunden

## Lobbyisten bestimmen die Regierungspolitik in Berlin

Es gibt den Ausspruch eines Kabarettisten, dass Angela Merkel sich irre, wenn sie behaupte, „an der Macht“ zu sein. Sie sei „an der Regierung“, nicht aber an der Macht. Die Macht habe die Wirtschaft, also in erster Linie die weltweit agierenden Großkonzerne. Aber auch kleine Unternehmen und Organisationen nehmen mit ihrer „Macht“ Einfluss auf die Regierungspolitik.

Die Statistik sagt, dass in Berlin etwa 5000 Lobbyisten aktiv sind. Sie versuchen, mit Argumentationshilfen Einfluss zu nehmen auf die Politiker und auf die Beamten. So gibt es etwa 50 „Leihbeamte“ aus der Industrie, die Verträge mit Ministerien haben und dort sozusagen die Gesetze formulieren. Und sie bekommen dafür auch noch Geld.

Ein sehr gutes Beispiel war im vergangenen Jahr die „Bewertung neuer Arzneimittel“. Diese Bewertung soll künftig, wie von der Pharmaindustrie gefordert, nach den Vorgaben der Bundesregierung erfolgen und nicht nach der Beurteilung eines unabhängigen Gremiums, kritisierte die Opposition und warf der CDU/FDP-Regierung Klientelpolitik vor.

Kritik rief der Antrag der Koalitionsfraktionen hervor. Die hatten im Bundestag einen Antrag eingebracht: „Das Bundesministerium für Gesundheit regelt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats das Nähere zur Nutzen-

bewertung“. Genau diese Formulierung hatte der Verband forschender Arzneimittelhersteller fast wortgleich vorgeschlagen. Ursprünglich war in einem Gesetzentwurf für die Neuordnung des Arzneimittelmarktes vorgesehen, dass der gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten und Kassen die wichtigen Details regelt, unabhängig von der Politik. Dadurch würden die Pharmaregeln entschärft, der Nutzen für die Pharmaindustrie werde vor den Nutzen der Patienten gestellt, warf die Opposition den Schwarz-Gelben vor.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie Lobbyisten die Politik beeinflussen. Die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken, also der Ausstieg von Ausstieg, wie er von der Regierung in Berlin beschlossen wurde, ist ein weiteres Beispiel dafür. Das Problem ist, dass die Kosten dafür von den Steuerzahlern zu tragen sind. Nicht umsonst sind Arzneimittel in Deutschland teurer als in anderen Ländern. Betrachtet man die jetzigen Tarifverhandlungen, so hört man von der Regierung, dass kein Geld da sei für Lohnerhöhungen. Als aber 2008 die Banken den Staat in die Krise. Hier könnte man, ein Schelm, wer Böses dabei denkt, einen weiteren Kabarettistenspruch anbringen. Abgeordnete sind nicht an „Weisungen“ gebunden. Viele von ihnen sind aber von „Überweisungen“ abhängig. Die Einflussnahme von Lobbyisten ist nämlich vielfältig. Da fließt nicht nur Geld,

um politische Entscheidungen in die „richtigen“ Bahnen zu lenken. Da gibt es auch Freizeitangebote, Angebote zu einem guten Essen und vieles andere mehr.

Es gibt seit 1972 eine „Öffentliche Liste der registrierten Verbände und deren Vertreter“. Wer sich beim Bundestag registrieren lässt, der bekommt einen Hausausweis und hat Zutritt zum Bundestag. Man muss sich aber nicht registrieren lassen. Ebenso wenig müssen Abgeordnete alle Verträge offen legen, die sie mit der Industrie oder deren Organisationen haben und deren Interessen sie vertreten. „Zum Wohle des deutschen Volkes“, heißt es eigentlich, nicht aber zum Wohle des eigenen Geldbeutels.

Und wer nun glaubt, dass es bei den Landesregierungen keine Lobbyisten gibt, der ist auf dem Holzweg. Wie gesagt, Politiker sind „an der Regierung“, die Lobbyisten sind „an der Macht“.

Für uns Polizeibeamte/innen kommt noch ein interessanter Aspekt hinzu. Vorteilsannahme, also Korruption, aktiv und passiv, ist strafbar. Es ist aber nicht strafbar, Abgeordnete zu „bestechen“, mit welchen Mitteln auch immer. Wir sind an Recht und Gesetz gebunden. Vor dem Gesetz sind alle gleich, heißt es. Es gibt aber wohl Menschen, die ein wenig gleicher sind. Kein Wunder, dass Politiker so einen schlechten Ruf haben. NW

## „Coaching: Das Casting“

### Es geht um Deine berufliche Zukunft

Die Bezirksgruppe Südhessen möchte für ihre Mitglieder ein Tagesseminar zum Thema „Coaching: Das Casting“ mit einem professionellen Referenten anbieten.

Ziel ist es, Bewerber für das so genannte „Casting“ bei Bewerbungen auf Dienstposten fit zu machen. Die vorliegenden Erfahrungswerte zeigen sehr deutlich auf, dass ein „Casting“ ohne Vorbereitung nicht immer optimal abläuft.

Wir bitten um eine Rückmeldung, ob Interesse besteht. Das Angebot ist für Mitglieder kostenfrei. Für Nichtmitglieder wird eine Teilnehmergebühr in Höhe von 110 Euro erhoben. Zielgruppe sind Mitglieder der GdP Südhessen, Tarifbeschäftigte und Beamte.

Eine unverbindliche Rückmeldung bitte an: [antonio.pedron@polizei.hessen.de](mailto:antonio.pedron@polizei.hessen.de)

ap



# Arbeitnehmer/innen müssen am Aufschwung teilhaben

## DGB Heppenheim fordert deutliche Lohnerhöhungen und die Bekämpfung prekärer Beschäftigung

„Ein zentrales gewerkschaftliches Ziel für 2011 sind deutliche Lohnerhöhungen und die Eindämmung prekärer Beschäftigung“, betonte der DGB-Ortsverband Heppenheim. „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen am Aufschwung teilhaben“.

Scharf kritisierte der DGB-Ortsverband die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung, die sich mit neuen Arbeitsplätzen brüstet: „Die meisten dieser Jobs sind miserabel entlohnt, befristet oder Leiharbeit. Es ist pervers, dass CDU und FDP einen gesetzlichen Mindestlohn verweigern und in der Konsequenz alle Steuerzahler/innen, inklusive der tarifreuen Unternehmen, mit den Zahlungen für Hartz IV-Aufstocker die unsozialen Billigtlöhne der Schmutzkonkurrenz und damit deren Profite auch noch subventionieren müssen“, bekräftigten DGB-Ortsverbandsvorsitzender Franz Beiwinkel und DGB-Regionssekretär Horst Raupp (Darmstadt). „Mit dem politisch ge-

förderten Lohndumping muss endlich Schluss sein. Hungerlöhne und Armutsrenten sind eine Kampfansage an die arbeitenden Menschen. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, ist längst überfällig – auch im Hinblick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 1. Mai 2011. Sonst drohen in Deutschland osteuropäische Löhne“.

Der DGB Heppenheim fordert außerdem die Bekämpfung des massenhaften systematischen Missbrauchs von Leiharbeit: „Leiharbeit bedeutet bei gleicher Qualifikation und gleicher Tätigkeit in Regel dreißig bis fünfzig Prozent weniger Lohn. Leiharbeiter/innen leben zudem in ständiger Sorge vor „hire and fire“, können kaum über wenige Monate hinaus planen“. Deshalb fordern die Gewerkschaften, dass bei Leiharbeit vom ersten Tag an der Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ durchgesetzt wird, oder noch besser die Regelung wie in

Frankreich greift: Dort bekommen Leiharbeiter/innen als Ausgleich für ihre flexible Beschäftigung einen höheren Lohn als die Stammebeschäftigte. Deshalb ist der Missbrauch von Leiharbeit in Frankreich weit weniger dramatisch als in Deutschland.

Armut trotz Arbeit ist teuer – auch für die Städte und Gemeinden. Der sich ausbreitende Niedriglohnsektor reißt große Löcher in die kommunalen Haushalte: Rückgang des Einkommensteueranteils, Mehraufwendungen für Wohngeld für Erwerbstätige im Niedriglohnbereich, Leistungen der Grundsicherung. Die gewerkschaftliche Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn nützt auch den Städten und Gemeinden und entlastet die kommunalen Haushalte. Von einem gesetzlichen Mindestlohn in ausreichender Höhe profitieren Millionen von Beschäftigten im Niedriglohnbereich, die öffentlichen Haushalte, die Sozialkassen und die Binnenachfrage. DGB

## Arbeitgeber sehen keinen Spielraum für Lohnerhöhungen

### Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst der Länder, Hessen verhandelt eigenständig

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder starteten am 4. Februar in Berlin. Die Gewerkschaften ver.di und dbb-Tarifunion gingen mit einer Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 Euro plus drei Prozent mehr Geld in die Gespräche. Das entspricht einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von rund fünf Prozent. Für Auszubildende soll eine Übernahmegarantie gelten. Verhandelt wird für knapp 1,7 Millionen Beschäftigte, darunter fast 1,1 Millionen Beamte und rund 585.000 Tarifbeschäftigte. Die Länder Hessen und Berlin bleiben außen vor, da sie nicht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) angehören. Die Arbeitgeber beton-

ten, es gebe keinen finanziellen Spielraum für die Tarifforderungen der Gewerkschaften.

#### Nachholbedarf ist vorhanden

Frank Bsirske (ver.di) begründete die Forderung nach dem Sockelbetrag mit Kostensteigerungen bei Energie, Lebenshaltung und Gesundheit. Das Plus von 50 Euro diene als sozialer Ausgleich, so der ver.di Chef. Außerdem gebe es bei den Länderbeschäftigten einen deutlichen Nachholbedarf im Vergleich zum öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Diese Gerechtigkeitslücke müsse geschlossen werden. Zudem sind die Tarifforderungen zeitgemäß. Die Konjunktur zieht an, wohingegen

die Landesbeschäftigten immer noch von anhaltendem Personalabbau, Arbeitsverdichtung und einer unzureichenden Vergütung betroffen seien. Die verhandelnden Gewerkschaften - neben ver.di auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - streben eine Laufzeit des Tarifvertrags von 14 Monaten an.

#### Kein Grund für Lohnerhöhungen

Für die Arbeitgeber verhandelt die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) unter Vorsitz des niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring (CDU). Mit am Tisch sitzen: Bremens Finanzsenatorin Karoline

Linnert (Grüne), Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) und TdL-Geschäftsführer Knut Bredendiek. Im Vorfeld äußerte sich Möllring in einem Interview: "Die Länder werden auch 2011 weiterhin weniger Steuern einnehmen als 2008. Danach gibt es keine Begründung für Lohnerhöhungen". Dies sehen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes natürlich anders. Beispielsweise erzielen die Länder, im Übrigen auch Hessen, Rekordumsätze bei den Steuereinnahmen. In Hessen sind es zusätzliche 900 Millionen Euro. Der CDU-Politiker sieht auch keinen Nachholbedarf für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Schließlich habe es, anders als

in der freien Wirtschaft, in der Wirtschaftskrise keine Lohnkürzungen gegeben. "Die Einkommen sind im Gegenteil sogar gestiegen", sagte Möllring. Wie schnell man mit der Gewerkschaft eine Einigung erzielen kann, wollte der Minister nicht vorhersagen. "Wer unter Druck verhandelt, verhandelt schlecht".

### Engagement muss sich in klingender Münze auszahlen

Die Beschäftigten der Polizei erwarten von den im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Bei der Bekanntgabe der Gewerkschaftsforderungen am Diens-

tag, 14. Dezember 2010, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut: „Wieder haben alle in der Polizei arbeitenden Frauen und Männer ein Jahr mit höchsten Arbeitsbelastungen hinter sich. Das Lob der Politiker für ihr Engagement und die hohe Qualität ihrer Arbeit muss sich auch in klingender Münze auszahlen“. Die Gewerkschaft der Polizei in Hessen, begleitet von DGB, wird durch die Große Tarifkommission der hessischen GdP unter der Führung von Heinz Schiskowsky ebenfalls Verhandlungen mit Innenminister Boris Rhein aufnehmen. jm

## Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit

### OVG Lüneburg entscheidet zugunsten eines Polizeibeamten

"Das Obergericht (OVG) Lüneburg hat ein Urteil gefällt, das das Land Niedersachsen teuer zu stehen kommen kann: Im Prozess um Einsatzzeiten während des Castor-Transports 2005 gab das OVG Lüneburg einem klagenden Polizisten Recht, der vollen Freizeitausgleich gefordert hatte. Bereitschaftszeiten während des Einsatzes waren ihm nur zu 25 Prozent als Arbeitszeit angerechnet worden. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht die Klage des Polizisten abgewiesen, eine Berufung aber wegen der grundsätzlichen Bedeutung zugelassen. Das OVG ist der Auffassung, dass die Beamten während eines geschlossenen Einsatzes besonderen Bedingungen ausgesetzt sind. Auch in den Ruhezeiten, die die Polizisten während des Castor-Einsatzes haben, müssen sie permanent verfügbar sein, stellte das Gericht fest. Der klagende Polizist hatte unter anderem mit geltendem europäischem Recht argumentiert. Demnach, so meinte er, werde kein Unterschied zwischen Bereitschaftsdienst und normaler Arbeitszeit gemacht. In der Castor-Bereitschaft hätte er also Mehrarbeit geleistet, für die ihm ein entsprechender Freizeitausgleich zustünde. Der 5. Senat des OVG Lüneburg ließ Revision zu. "Wir gehen aber davon aus, dass sich das Land Niedersachsen an die zuvor getrof-

fene Vereinbarung mit den Polizeigewerkschaften hält", sagte ein Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Demnach hat sich das Land verpflichtet, sich der Entscheidung des OVG zu unterwerfen und sie auf alle Beamten zu übertragen. Das Urteil von Dienstag bedeutet, dass Polizisten, die bei vergangenen Castor-Transporten im Einsatz waren, Anspruch auf vollen Freizeitausgleich haben. Im vorliegenden Fall hatte der Beamte beim Castor-Transport 32 zusätzliche Bereitschaftsstunden absolviert. "Auf alle niedersächsischen Beamte übertragen sind es weit mehr als 100.000 Mehrstunden, die nun ausgeglichen werden müssen", betonte der GdP-Sprecher. Alleine beim Castor-Einsatz im vergangenen Herbst waren etwa 6.000 Beamte aus Niedersachsen betroffen - mit jeweils 20 bis 70 Bereitschaftsstunden. Die Gewerkschaft forderte den Aus-

gleich so zu gestalten, wie es sich die Beamten wünschen - entweder finanziell oder als Freizeit.

Für zukünftige Castor-Einsätze bedeutet es, dass das Land sein Personalkonzept komplett überarbeiten muss. Generell könnten die Kosten für Polizei-Einsätze bei Großveranstaltungen nun deutlich höher ausfallen als bisher. Erst im vergangenen November, nach dem jüngsten Castor-Transport in das Lager Gorleben, hatte die schwarz-gelbe Koalition in Niedersachsen Entschädigungen von einer halben Million Euro für die diejenigen Beamten angekündigt, die ihre Überstunden nur schwer abbauen können. Doch noch streiten Union und FDP mit dem Bund um dessen Beteiligung an der Finanzierung des Einsatzes."

Sabrina Kunz, Bundesjugendvorsitzende



Werbung für die Junge Gruppe, nicht ganz ernst gemeint, v.l., Antonio Pedron, Mike Majewski. nw